

schon als ein Verbrechen angesehen wurde — haben gerade meine Ausführungen über das Recht der Unternehmer, die Parteigenossen sind, Lohnforderungen der Arbeiter zurückzumeisen, sich zu koalieren, selbst Streikbrecher zu engagieren, den allerschärfsten Widerspruch erfahren. Die Versammlung hat es abgelehnt, über jeden Einzelnen, je nach der Schwere der Anschuldigungen, zu urtheilen. Im Wunsche und Bogen wurden die Angeklagten ausgeschlossen. Selbstverständlich sind ihnen auch angebliche Thatsachen zur Last gelegt worden, die Ankläger und deren Freunde hielten es nur nicht der Mühe werth, die Behauptungen zu beweisen. Wenn irgendwo das Wort Auer's am Platze ist, daß zu oft die Dinge aus dem Gefühl heraus und nicht mit dem kühl erwägenden Verstand beurtheilt werden, so ist es hier der Fall. Ich habe mit meinem bischen Verstand versucht, meine Parteigenossen zu einem objektiven Urtheil zu bewegen, es ist mir nicht gelungen. Ja, mir ist es noch schlimmer gegangen als dem Auer. Mir hat man nicht bloß das Klassenbewußtsein und das Verständnis für gewerkschaftliche Dinge abgesprochen, sondern es wurden Stimmen laut, welche meinten, ich gehörte ob meiner Kezerei auch auf die Proskriptionsliste. Es möchte für einen schnellen Frieden bequemer sein, die Angeklagten aus der Partei zu werfen, gerecht wäre es nicht. Ich gehe lieber zu Grunde, als daß ich das Unrecht mitmache. Nehmen Sie, werthe Genossen, den Antrag der Reuener-Kommission an, dann ist wenigstens die Hälfte des in Wank begangenen Unrechtes wieder gut gemacht. Weisen Sie damit das Ansinnen zurück, die Partei solle Mittel und Gekränktheit für die Gewerkschaften sein.

**Gemoll-Want:** Gerisch hat selbst erklärt, daß seine Informationen von den Unternehmern stammen, meine stammen von den Arbeitern. Nach den Worten des Korredners und nach dem Urtheil des Schiedsgerichts ist es wunderbar, daß nicht die Unternehmer den Ausschluß der Arbeiter aus der Partei beantragt haben. Die Unternehmer konnten die Forderungen bewilligen, sie haben doch den Italienern, den bedürftigen Maffaronimännern, denselben Lohn gezahlt, die deutschen Maurer aber haben sie sogar aus den Arbeitsstätten vertrieben; dieselben Unternehmer, die als Genossen für den Achtundentag eintraten, haben die Italiener 14 Stunden arbeiten lassen. Sollen wir das in unzeren Reihen dulden? Dann nehmen Sie doch lieber gleich die Kühnemänner und Krupp in die Partei auf! Lehnen Sie den Schiedsbruch ab und gießen Sie nicht Wasser auf die Mühle einiger Leute, die heute schon die Partei schädigen!

**Gerisch:** Ich verwahre mich entschieden gegen die Insinuation, als ob ich meine Information von den Unternehmern hätte. Ich habe meine Information bekommen aus vielstündigen, sorgfältiger, gewissenhafter Verhandlung. Gemoll kann mir das Zeugniß nicht verweigern, daß Niemand den Vorfall objektiver, loyaler und gewissenhafter führen konnte als ich in dieser Verhandlung. Wie schwierig die Verhältnisse sind, sehen Sie aus den verschiedenen Darstellungen. Wir können Ihnen nur das vortragen, was wir sorgfältig ermittelt haben, und dies Resultat meiner Ermittlungen hat auch Gemoll mitunterzeichnet. Zu einer neuen Differenz hatte es geführt, daß die Arbeiter nach Beendigung des Streiks noch einen Aufmarsch erlitten: Zugung ist ferngehalten! Das brauchten sich die Unternehmer ebensowenig gefallen zu lassen, wie die Arbeiter sich schwarze Listen gefallen lassen. Es wurde dieser Aufmarsch denn auch geändert und der Friede tiefer hergestellt. Ich wiederhole: die ganze Streikgeschichte dreht sich darum, sind die Unternehmer sozialdemokratischer Gesinnung verpflichtet, von vornherein Alles zu bewilligen, was die Arbeiter fordern. Stellen wir uns auf diesen Standpunkt nicht, dann haben wir nur zu untersuchen, ob von den Unternehmern illegale Mittel angewandt sind. Diese Frage ist aber vom Schiedsgericht, der Kontroll- und der Reuener-Kommission verneint worden.

**Winkhoff-Düsselhoff** wiederholt einen vorher abgelehnten Schlussantrag: Wir haben erst einen Gegenstand der Tagesordnung erledigt. Wohin soll das

führen, wenn das nächste Jahr statt zweier Beschwerden fünf oder zehn vorliegen sollten und wir ebenso gründlich verfahren.

**Beyer-Weizig** spricht gegen den Schluss. Es ist eine ganz neue Frage, die gründlich erörtert werden muß, und damit wir wissen, wie wir uns für die Zukunft verhalten sollen.

Der Schlussantrag wird angenommen.

Das Schlusswort erhält

**Wöhle-Strasbourg:** Ich hätte aus Wort verzichtet, aber ich bin genöthigt, eine kurze Erklärung abzugeben. Der Beschluss der Kommission, so kurz wie möglich zu berichten, scheint ein Fehler gewesen zu sein. Uns hat aber nur die eine Frage vorgelegen, ob Gründe vorhanden sind, die den Ausschluß aus der Partei auf Grund des Organisationsstatuts rechtfertigen. Diese Frage haben wir mit 8 gegen 1 Stimme verneint. Weiter hatten wir nichts zu prüfen. Namens der Reuenerkommission stelle ich folgenden Antrag:

„In Sachen Tapfen und Genossen, Van-Wilhelmshaber Baunternehmer, lag der Kommission die Frage vor, ob der Ausschluß Tapfen und Genossen aus der Partei gerechtfertigt ist. Die Kommission kommt zu der Auffassung, daß sich ein Ausschluß aus der Partei nicht rechtfertigen läßt. Obwohl das Verhalten dieser Genossen, Unternehmer, nicht einwandfrei ist, sind aber doch die Gründe nicht hinreichend, um sie aus der Partei auszuschließen.“

In die Prüfung der Frage, inwieweit die Forderungen der Arbeiter berechtigt waren, ist die Kommission nicht eingetreten.

Festgestellt wurde, daß, nachdem die sozialdemokratischen Unternehmer die Forderung der Arbeiter ablehnten, sofort der Antrag auf Ausschluß aus der Partei von dem sozialdemokratischen Verein in Wank gestellt wurde. Die Kommission beantragt deshalb, der Parteitag wolle dem Antrag der Genossen in Wank, den Schiedsbruch aufzugeben, nicht beitreten.“

Dieser Antrag wird angenommen.

**Singer:** Damit ist Punkt 1 und 2 unserer Tagesordnung vollständig erledigt. (Geisterzeit.) Statt die Abendigung abzuhalten, schlage ich vor, heute bis 8 Uhr zu arbeiten.

Der Parteitag ist damit einverstanden.

**Schwarz** übernimmt den Vorsitz.

Zur Verhandlung kommt Punkt 3 der Tagesordnung: **Bericht über die parlamentarische Thätigkeit.**

Dazu liegen die Anträge 70 bis 82, 90, 97, 104 bis 106, 110 und 118 vor:

**Stibekum** beantragt, die Anträge 17 und 72 als zur Wohnungsfrage gestellt zu betrachten.

Der Parteitag beschließt demgemäß.

Den Bericht über die parlamentarische Thätigkeit erstattet

**Wurm:** Die Thätigkeit der Reichstagsfraktion ist im Allgemeinen von keiner Seite beanstandet worden. Erst in letzter Zeit ging ein Artikel von Parvus durch die Presse, der einen Antrag, den wir im Reichstag gestellt, aber noch nicht verhandelt haben, als unthunlich, unpraktisch und einen Rückschritt gegen früher bezeichnet, den Antrag auf Einführung eines Achtundentag es. Es ist jedoch ein Irrthum von Parvus, wenn er glaubt, daß wir diesen Antrag eingebracht haben, um den bürgerlichen Parteien goldene Brücken zu bauen, im Gegentheil, er soll und wird die Heuchel der bürgerlichen Sozialreformer entlarven. (Sehr richtig!) Zunächst: Unser Antrag verlangt nicht nur die Höchstgrenze von 10 Stunden, sondern er will diese für alle im Lehr-, Arbeits- und Dienstverhältnis, im Gewerbe-, Industrie-, Handels-

und Verkehrswesen beschäftigten Personen vorläufig auf 10 Stunden festgesetzt wissen und innerhalb gesetzlich zu bestimmender Fristen auf acht Stunden verkürzt haben. Parvus irrt sich, wenn er meint, das Zentrum habe bereits einen annähernd gleichen Antrag eingebracht, der einen Maximalarbeitstag von 63 Stunden wöchentlich einführt; dieser Antrag ist nur von der Minorität des Zentrums eingebracht. Dr. Gize befindet sich selbst mit seiner verwässerten Arbeiterfreundlichkeit in der Minderheit; der größte Theil des Zentrums befindet sich unter der Führung des Herrn v. Hertling noch durchaus auf manchesterlichem Standpunkt in der Arbeiterpolitik. Der 63-Stundenstag, den die Minorität des Zentrums unter Gize's Führung 1897 eingebracht hatte, fiel, der größte Theil des Zentrums stimmt dagegen. Beschlossen wurde 1897 nur, die Regierung zu einer Enquete aufzufordern, welche die Nothwendigkeit einer aus gesundheitlichen Rücksichten gebotenen Verkürzung der Arbeitszeit und deren gesetzliche Festlegung prüfen sollte. Der hygienische Maximalarbeitstag für die gesundheitsgefährlichen Betriebe ist aber garnichts Neues! Schon auf Grund der bestehenden Gewerbeordnung hat nach § 120e Abs. 3 der Bundesrath das Recht, derartige Verordnungen zu erlassen; daß er bisher in so ungenügendem Maße that, liegt gerade an der sozialpolitischen Laubheit des Zentrums, das, wenn es seine Macht zu Gunsten der Arbeiter ernsthaft zur Geltung bringen wollte, schon längst weitgehende Verbesserungen geschafft haben könnte. Das aber will und kann es nicht, denn es ist eine kapitalistische Partei, und gerade unser Jehrstundenantrag wird uns auch Gelegenheit geben, die sozialpolitische Heuchelei des Zentrums zu entlarven, weil es dann nicht mehr mit der Ausrede ausweichen kann, daß wir Unmögliches fordern.

Von anderer Seite ist der Fraktion kein Vorwurf gemacht worden, ein Beweis, daß wir auf dem rechten Wege sind. Die Vorgänge im Parlament haben gezeigt, wie richtig der Satz unseres Programms ist, daß die Arbeiterklasse sich selbst befreien muß. Nicht durch das Wohlwollen der herrschenden Klassen erringen wir etwas, sondern nur durch fortgesetzten Kampf. Vor Allem gilt es, dem Militarismus und Marinismus den Krieg zu erklären. Seit 1890/91 sind die Ausgaben für Heer und Flotte um 250 Millionen gestiegen, das ist um 40 Prozent! Dazu kommt unsere Kolonialpolitik, die uns einen jährlichen Zuschuß kostet, der fast anderthalb Mal so viel wie der gesammte Handel mit unseren Kolonien beträgt. Und Sie wissen, zu welchen abenteuerlichen Experimenten diese Zustände geführt haben! Sie kennen die Expansionspolitik, die der Kapitalismus treibt, um sich neue Absatzgebiete zu eröffnen und die Waaren, die er nicht im Inlande absetzen kann, weil er die Arbeiter darüber läßt, im Auslande unterzubringen. Sie kennen die China-Expedition, die außer den Vorfuß-Vorbereitungen nichts gebracht hat als ein paar Orden für Diejenigen, die an der Spitze standen, dem Volke aber neue Lasten auferlegt, den Handel nach China ruiniert und ein Defizit im Reichshaushaltsetat verursacht hat, wie wir es bisher nicht kannten. Die Folgen werden neue Steuern sein. Und das, obwohl die indirekten Steuern schon in den letzten Jahren kolossal gestiegen sind! 1881 betrug sie pro Kopf 8 Mark, jetzt 14,5 Mark! Dabei weigert sich die herrschende Klasse, eine Reichseinkommensteuer, die einzig richtige Steuer, einzuführen. Leicht erklärlich, denn dann müßten für jede 100 Millionen Mark Reichseinkommen die reichsten Einkommen mindestens mit 1/2 pCt. besteuert werden. Den Millionären würde also für jede 100 Millionen Mark zu Gunsten des Reichs eine Steuer auferlegt von mindestens 15 000 Mark, und dafür sind die Herren nicht zu haben, so weit reicht ihr Patriotismus nicht. Während so die Lasten sich immer vermehren, steht die Sozialreform unter dem 12 000 Mark-Grafen völlig still. Die Regierung ist abhängig vom Zentraverband deutscher Industrieller.

Und das Zentrum, das sich draußen so sehr seiner Arbeiterfreundlichkeit rühmt, ist es, das hemmend, bremsend und ernüchternd auf die Sozialreform einwirkt. Auf der anderen Seite sehen wir, wie sich eine Art patriarchalischer Fabrik-Feudalismus breit macht, der nicht nur eine materielle Schädigung der Arbeiter herbeiführt, sondern eine sittliche Korruption. Es ist die höchste Zeit, einmal die sogenannten Wohlfahrtsanstalten namentlich des Herrn Krupp zu beleuchten. In seinem Pensionsstatut findet sich u. A. die Bestimmung, daß die Beiträge der entlassenen oder freiwillig abgehenden Arbeiter der Masse verfallen. Es werden aber jährlich etwa 8000 Arbeiter aus dem Krupp'schen Betriebe entlassen und 200 000 Mark Beiträge gehen auf diese Weise den Arbeitern verloren und kommen in den großen Fond; dann wird nachher so großes Mühen gemacht von der Wohlfahrts-thätigkeit Krupp's, während sie zu so großem Theile mit aus den Taschen der Arbeiter bezahlt wird. Andererseits führt sie dahin, daß die Arbeiter sich alles gefallen lassen, nur um ja nicht ihre theuer erkauften Pensionsansprüche zu verlieren! Leider bieten uns die Gesetze noch keine Handhabe, diesem Treiben ein Ende zu machen. Die Fabrikpensionskassen haben ferner die Schattenseite, daß die Arbeiter sich Alles gefallen lassen, um nicht der Beiträge verlustig zu gehen. Das ist eine schwere Anlage gegen die staatliche Pensionskasse, die Invalidenversicherung! Wenn diese ausreichte, würden die Arbeiter nicht nach den Fabrikpensionskassen so begierig sein!

Die Fraktion hat einmüthig gegen das Budget gestimmt, aber nicht nur weil die Reichseinnahmen hauptsächlich auf den indirekten Steuern beruhen, die vorzugsweise den ärmeren Theil der Bevölkerung belasten, und nicht nur, weil die Sozialdemokratie dem kulturfeindlichen Militarismus jeden Groschen verweigert, sondern auch weil wir durch die Ablehnung des Budgets den grundsätzlichen Gegensatz zum Ausdruck bringen, in dem sich die Arbeiterklasse gegenüber dem kapitalistischen Klassenstaate und seiner Regierung befindet. Das ist der Standpunkt, den die Sozialdemokratie im Reichstage immer eingenommen hat, leider aber nicht überall in den Einzelstaaten, und ich behauere das auf das Tiefste. Ich bin genöthigt, darauf näher einzugehen, um so mehr, als in den „Sozialistischen Monatsheften“, die man richtiger als sozialistische Mauserung'shefte bezeichnen kann (sehr wahr!), wieder einmal ein Artikel gestanden hat, in dem Einer das Bedürfnis fühlt, sich in seiner ganzen Mauserung zu zeigen. In diesem Artikel hat Friedrich, Mitglied des Badischen Landtages, eine neue Theorie der Budgetbewilligung aufgestellt, was bisher nicht sozialdemokratische, nein einfach demokratische Auffassung war. Er kennt nicht das Wesen der Demokratie. Er meint, wir müßten das Budget nach dem Prozentsatz von Gut und Böse betrachten, das darin enthalten ist. Er findet eine Art Prozenzbudgetbewilligung (Seiterkeit!), wie sie bei Liberalen, Zentrum und Konservativen gilt, die auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung stehen. Die Sozialdemokratie aber sagt im ersten Theil des Programms, daß sie die heutige Gesellschaftsordnung für ein Anglied hält. (Sehr richtig!) Durch unsere Budgetverweigerung erklären wir, daß wir mit dem herrschenden System nicht einverstanden sind. Jendrich stellt die Dinge geradezu auf den Kopf. Er sagt in den „Sozialistischen Monatsheften“: „Werbe die Budgetverweigerung gegenüber allen Regierungen von Klassenstaater auf Grund des Prinzips programmatisch den sozialdemokratischen Abgeordneten zur Pflicht gemacht, dann wird der ganze zweite Theil des Programms zur Fatale, zur Komödie. Es sei denn höchstens, daß wir uns einbildeten, die Regierungen würden so liebenswürdig sein, von uns im Programm aufgestellte und in den Parlamenten beantragte Forderungen mit gegen unsere Entschlossenheit bewilligten Mitteln solange durchzuführen, bis die ganze Regierungspolitik durch die Selbst-

Losigkeit der bürgerlichen Parteien und unsere unentwegte Nichtbewilligung von Mitteln schließlich einen sozialistischen Charakter erhielt, der es uns ermöglicht, ohne prinzipielle Bedenken für den Etat zu stimmen. Das ist natürlich ein roh zugehauenes und karrirtes Schema, aber es kennzeichnet in groben Zügen den Gang, welchen die Dinge nach den Absichten der geschworenen Budgetberweigerer nehmen müssen."

Er meint also, daß wir alle Zugeständnisse des zweiten Theils nur dann zu fordern berechtigt sind, wenn wir das Budget bewilligen. Offenbar kennt Fendrich die Geschichte der Partei nicht. Obwohl wir im Reichstage das Budget immer abgelehnt haben, so haben wir doch trotzdem Jahr für Jahr Zugeständnisse auf dem Gebiet der Sozialreform erzielt. Glauben Sie denn, daß uns mehr gegeben würde, wenn wir uns freiwillig beugten, wenn wir den Kolan vor der Regierung machten? (Heiterkeit und Zustimmung.) Wohin es kommt, wenn man nachgiebig ist, wenn man Rechnungsträgerei übt, das haben wir an dem einst auf seine Opposition so stolzen Zentrum gesehen, das jetzt eine Salage-maßnahme geworden ist. Die Budgetberweigerung ist ein integrierender Bestandtheil unserer gesammten programmatischen Forderungen. Es zeigt auch einen bedauerlichen Mangel an Kenntniß der Parteigeschichte, wenn Fendrich behauptet — und Artikel in den „Monatsheften“ haben es auch behauptet und dadurch große Verwirrung gestiftet, der auch Laurés zum Opfer gefallen ist —, daß es ein absolut neuer Vorgang war, als die Fraktion 1899 dem abgeänderten Invalidentgesetz seine Zustimmung gab. Das ist unrichtig: 1889 hat die Fraktion sogar einem Lohnbeschlagnahmegesetz gegenüber den anderen Vorschlägen als dem kleineren Uebel, das wir direkt verworfen, ihre Zustimmung gegeben. Wenn wir 1889 dem Entwurf der Invalidentversicherung nicht zugestimmt haben, so hatte das ja s a c h l i c h e Gründe. Fendrich meint dann weiter, so lange kein Ausnahmegesetz bestche, lasse sich gegen die Budgetbewilligung nichts einwenden. Er will die Budgetbewilligung zur Regel und die Ablehnung zur Ausnahme machen. Sie soll erst dann eintreten, wenn wir mit der Hundepfeilsche traktirt werden. (Sehr gut!) Ich muß sagen, speziell die badische Regierung hat da mehr Charakter bewiesen als Fendrich, der jenen Grundsatz vertritt. Minister Eisenlohr als Klassenstaatsminister hat 1897 erklärt, die Aufgabe der Regierung sei, die Sozialdemokratie zu bekämpfen — eine runde und nette Erklärung, und Dreesbach stimmte denn auch gegen den Etat. Das nächste Jahr aber stimmte er schon für den Etat (hörl! hörl!), obwohl derselbe Eisenlohr noch Minister war, und 1901 macht Fendrich daraus schon ein System: die „P o l i t i k d e r r e i n e n N e g a t i o n“ müsse abgelehnt werden. Das ist auch so ein Gespenst das bei gewissen Leuten immer wieder aufsteht und vor dem sie sich fürchten! Nun, wenn die Zustände so sind, daß wir immer nein sagen müssen, weil Das, was uns geboten wird, viel zu wenig ist, wäre das dann eine prinzipiell negative Thätigkeit? Ist die Abwehr von Feinden nicht genau so ein Theil des Kampfes wie der Angriff? Wenn wir Nein sagen, so ist das eine ebenso im Interesse der Arbeiter liegende positive Thätigkeit, wie wenn wir Ja sagen.

Nur Diejenigen, die meinen, man müsse den Parteien, die sich für Sozialreformer ausgeben, es nicht so schwer machen, mit uns gemeinsam zu gehen, können für die Budgetbewilligung sein. Daß mitunter einzelne Fälle eintreten können, wo die Bewilligung des Budgets erfolgen muß, weil wir das kleinere von zwei Uebeln zu wählen haben, das gebe ich zu, das kommt ja auch in der Resolution Uebel zum Ausdruck. Ich erinnere an Hessen, das nur eine Gesamt-abstimmung über die Einnahmen, nicht über die Ausgaben hat. Der Landtag kann, wenn er will, einen geringeren Prozentsatz an Steuern beschließen, als die Regierung beantragt. Ein solcher Fall ist eingetreten, und da haben unsere Genossen gemäß unserer alten Taktik das kleinere Uebel gewählt und dem Budget zugestimmt, aber sie haben kein P r i n z i p daraus gemacht; sie haben, wie mir

Sachkenner, z. B. Ulrich, privatim mittheilen, nur in diesem einzelnen Fall, nicht aber prinzipiell für das Budget gestimmt. Fendrich jedoch macht die Ausnahme zur Regel und die Regel zur Ausnahme. Wohin es führt, wenn man gute Mene zum spößen Spiel macht, das zeigt uns der russische Döbel, der dem Guttmiser Alexander zugeflogen ist (sehr gut!), das zeigen uns die F a b r i e r in England, die für den Imperialismus eintreten, das ist für die Raubpolitik des Transvaalkrieges! Es hat mal geheißt: Kanonen für Volksrechte, jetzt heißt es: Budgetbewilligung für Volksrechte, und nächstens wird es noch anders heißen. Man will sich das Bischen Sozialreform um das Bischen gericht der Opposition erlaufen, der zielbewußten Opposition gegen das kapitalistische System, das uns gegenübersteht. Wir müssen uns auf diesem Parteitag gründlich mit dieser Frage befassen. Es ist, wie ich gehört habe, von einigen Genossen geplant, die Sache zu verschieben aus Mangel an Zeit, und sie im nächsten Jahre als besonderen Punkt auf die Tagesordnung zu setzen. Ich warne auf das Entschiedenste davor, wir dürfen solche Krebskrankheiten nicht weiter um sich greifen lassen; böse Beispiele verderben gute Sitten. Wir brauchen nicht in das Ausland zu gehen, auch im Lande haben wir schon sonderbare Blüthen. In einem Bergwerksrevier — einen Namen will ich nicht nennen — wurde ein Reichstagskandidat aufgefordert, am 18. März eine Rede zu halten; er sagte: Nein, das kann ich nicht, denn dann bekomme ich keine Stimmen von den indifferenten Bergleuten. (Hörl! hörl!) Sehen Sie, das ist die Konsequenz der Rechnungsträgerei, daß man die Grundlage unseres Seins aufgibt, daß aus elender Wandaischerei man einfach die Prinzipien auf den Lumpenhäufen wirft. (Sehr gut!) Nein, wir sind nicht dazu da, mit allen Mitteln nach Wählern zu fischen, und wir danken für solche Wähler! Wir wollen mit offenem Wirte kämpfen, als die Sozialdemokraten, die wir sind, und wollen uns nicht in ein Kammsell hüllen. Wir tragen auch nicht, wie Schnod, der Schreiner, in Shakespeares Sommernachtsstraum, nur die M a s k e eines Löwen, die wir, um anglische Gemüther nicht zu erschrecken, abnehmen und fagen: Verehrtes Publikum, fürchte Dich nicht, ich bin ja kein Löwe, ich bin nur Schnod, der Schreiner! (Sehr gut!) Nein, diese Methode wollen wir nicht anmachen. Wir sind, was wir waren, und wenn wir es nicht mehr sind, dann werden wir überhaupt nicht mehr sein. Wir wollen den Protest gegen die kapitalistische Wirtschaftsordnung und ihre Regierung, mit dem wir das geworden sind, was wir jetzt sind, nicht aufgeben, vielleicht bloß, um ein gnädiges Lächeln zu erreichen; dafür danken wir. Uebel hat die Bezugnahme auf die höfischen Demonstrationen aus der Resolution gestrichen, weil es ganz selbstverständlich ist, daß Sozialdemokraten sich daran nicht betheiligen; wenn es aber doch geschehen sollte, dann ist es Sache der Genossen am Ort, das Nöthige zu veranlassen. Wir, die wir Vertreter der so wie bisher revolutionären Sozialdemokratie sind, wir, die gegenüber dem Klassenstaat, gegenüber der kapitalistischen Wirtschaftsordnung ein unversöhnliches Nein haben, wir werden nicht wanken und weichen von unserem Endziel, das darauf hinausgeht, die kapitalistische Wirtschaftsordnung umzugestalten in eine sozialistische.

Von diesem Standpunkte aus bitte ich, die Anträge zu betrachten, die zu der parlamentarischen Thätigkeit gestellt sind. Ich kann nicht vorschlagen, sie sämmtlich der Fraktion zur Berücksichtigung zu überweisen; nicht weil jene Anträge nicht werth sind, daß wir sie erwägen, sondern weil sie einfach von der Fraktion verlangen, etwas zu thun, was sie bereits gethan hat. Es ist doch etwas blamabel für uns gegenüber Denjenigen, die unsere Thätigkeit im Reichstage nicht kennen, wenn gerartige Anträge gestellt werden, die den Anschein erwecken, als wenn wir bisher geschlafen hätten! In Uebelfeld hat man sogar verlangt, die Fraktion solle einen Maximalarbeitstag beantragen, ohne Grenz! Wir sollen das Koalitionsrecht schützen, fordert ein Berliner Wählkreis. Ja, was

beruht sich eigentlich der 5. Berliner Wahlkreis von der Reichstagsfraktion? Hat sie nicht durch Alles, was sie gethan hat, das Koalitionsrecht geschützt? Oder glauben Sie, daß es, wenn man noch ein paar Anträge mehr formulirt, die nachher doch nicht zur Verhandlung kommen, die positivste Thätigkeit wäre? Nein, unsere positive Thätigkeit besteht auch darin, daß wir fortgesetzt, bei jeder Gelegenheit, Kritik üben.

Daß wir bei Besprechung des Gumbinner Prozesses die Zustände in unserem Militärstrafverfahren geizeln werden, ist selbstverständlich, dazu bedarf es keiner Anträge. Aber es ist ein Fehler, wenn man glaubt, daß allein durch eine Verbesserung der Militärstrafprozedur schon diese Zustände in Ordnung gebracht würden. Nein, sie sind eine Konsequenz des ganzen militärischen Systems. (Sehr wahr!) Dieses „Zu Befehl, Herr Richter!“ ist des Pudels Kern; diese Einschüchterung, die sich bis in das Zivilleben der Soldaten erstreckt; unsere Redakteure können aus ihren Prozessen von den Soldaten-Bezeugen ein Lied erzählen. Das System müssen wir zu ändern suchen, nicht an Symptomen herumdoctern.

Ich kann im Namen der Fraktion versichern, daß unter uns niemals ein Zwiespalt war über das, was wir zu thun haben. Meinungsverschiedenheiten im Einzelnen, gewiß; aber getreu unserem Programm gehen wir einig vorwärts auf der alten Bahn und werden das weiter thun, bis wir das Ziel erreichen. (Lebhafter Beifall.)

**Schwarz.** Es ist ein Antrag eingegangen, sämtliche Anträge der Reichstagsfraktion zur Erwägung zu überweisen, soweit sie nicht mit der Budgetbewilligung im Zusammenhang stehen.

**Böhlle-Strasbourg** begründet den Antrag. Wir können uns die Zeit der Debatte sparen.

**Vorl. Schwarz:** Wer will gegen den Antrag sprechen?

**Bebel:** Ich protestire dagegen, daß dieser Antrag jetzt schon zur Abstimmung kommt; es kann erst nach Schluß der Diskussion mit den anderen Anträgen zusammen geschahen. (Zustimmung.)

Die Debatte wird eröffnet.

Von den vorliegenden Anträgen werden nur die beiden Resolutionen 104 und 110 genügend unterstützt. Die übrigen Anträge werden also nicht mit zur Debatte gestellt.

**Fendrich-Durlach:** Es handelt sich bei der Frage der Budgetbewilligung nicht um eine Kaufserung, sondern um das Verfahren der badischen Fraktion seit 1891. Der Beschluß, das Budget zu bewilligen, ist einstimmig gefaßt, meine Begründung wurde von 5 der Kollegen, mit denen ich darüber sprach, gutgeheißen. Handelt es sich denn um etwas so ganz Neues? Hat nicht in einer viel schimmernden Zeit, unter dem Sozialistengesetz, selbst Liedtnecht in Sachen das Budget bewilligt? In Frankfurt a. M. haben die Südbadischen in ihrer Resolution die Frage als eine reine Zweckmäßigkeitfrage bezeichnet. Damals sollte festgelegt werden, daß die Frage keine taktische, sondern eine prinzipielle ist, und deshalb sind wir mit der heutigen Resolution Bebel, wenn das Amendement Baudert dazu angenommen wird, einverstanden. Es kommt vor Allem darauf an, eine gewisse Einigkeit zu erzielen, und da die Resolution Bebel die Frage als taktische bezeichnet, können wir für dieselbe in Verbindung mit dem Amendement Baudert ruhig stimmen. Das Amendement ist nöthig, weil wir nach der Verfassung keine Instruktionen über unsere Abstimmung von irgend Jemandem entgegennehmen dürfen. Ich soll nun unsere badischen Verhältnisse so richtig geschildert haben; aber in Wirklichkeit wird auch hier wieder ein ungeklärter Ausdruck benutzt, um Dem, von dem er stammt, einen Knippel zwischen die Beine zu werfen. Die französischen Genossen haben schon wiederholt für das Budget gestimmt, ebenso die italienischen, während die bairischen

Genossen sich entweder der Abstimmung enthalten oder auch dafür, keinesfalls aber dagegen stimmen. Daß die Frage eine taktische ist, beweist auch das in Frankfurt von Stadthagen gestellte Amendement. Unsere Stellung zur Regierung kam in Baden in den Einzelabstimmungen zu Tage, wo wir dem Minister Eisenlohr das Gehalt verweigerten. Wurm spricht von einer Prozentualrechnung, aber Kunert und auch Bebel haben das in Frankfurt als befreiend bezeichnet. Bei uns in Baden verhalten sich die Ausgaben, die wir bewilligen können, zu denen, die wir nicht bewilligen können, wie 9 zu 1. In der „Neuen Zeit“ wurde die ganze Frage als Charakterfrage bezeichnet. Dieser Ansicht bin ich auch, aber ich glaube, man muß so viel Fonds von innerem Charakter besitzen, um nicht auf der schiefen Ebene abzugleiten.

**Blos-Stuttgart:** Ich gehe nicht ganz so weit wie der Vorredner, aber auch ich stimme der Resolution Bebel zu. Wird die dort vorgeschriebene Taktik innegehalten, so fürchte ich weder Korruption noch Prostitution. Uns durch eine Resolution festzulegen, wie es Rosa Luxemburg will, halte ich für falsch. Daß wir das Reichsbudget wegen des Militäretats nicht bewilligen können, ist selbstverständlich, aber es sind schon Fälle dagewesen, wo wir Forderungen zwar nicht bewilligen, aber auch nicht direkt verweigern konnten. Ich erinnere an die Mittel zur Kriegsführung 1870/71. Die Lassalleaner haben die Mittel bewilligt, Liedtnecht und Bebel sich der Abstimmung enthalten, mit vollem Recht, und eine motivirte Erklärung abgegeben. Es ist doch auch möglich, daß es Regierungen giebt, die einmal etwas so Vernünftiges vorschlagen, daß wir es akzeptieren können. Rosa Luxemburg sagt, unsere ganze Kritik wird zur Phrase, wenn wir nachher das Budget bewilligen. Denken Sie mal, eine Regierung würde eine vernünftige Eisenbahnpolitik betreiben. Wir Alle sind der Meinung, daß das Verkehrswesen ein wichtiges revolutionäres und unsere Bewegung förderndes Element darstellt. Wenn wir nun im Landtage durch unsere Stimmen eine solche Reform zu Fall bringen, dann kam der Spieß umgekehrt und mit vollem Recht gesagt werden, unser Eintreten für Eisenbahnreformen sei eine leere Phrase. Eine Festlegung auf die Budgetverweigerung ist auf keinen Fall angebracht. Ich möchte keinen Genossen, der aus purem Muthwillen für das Budget stimmen würde. Parteigenossen, wir sind etwas eigenthümlich geartet, viel zu viel Zeit verbringen wir mit akademischen Diskussionen. Je größer unsere Partei wird, desto mehr wächst auch die Eigenartigkeit. Bei einer Bewegung von zwei Millionen läßt sich nicht Alles unter einen Hut bringen. Schon ist gesagt worden, es sei nicht gut, daß wir so groß geworden sind, es sei besser, wir würden wieder eine kleinere Partei. Wir alten Leute haben nun dreißig Jahre lang Alles gethan, um die Bewegung vorwärts zu treiben. Und wir sind groß geworden. Wenn wir jetzt wieder klein werden wollten, so würde das heißen, daß wir von unserer ungeheuren Macht keinen Gebrauch zu machen verstehen. Wir sollten nicht so viel spintisieren. Ich muß dabei immer an Miquel denken, der 1848 einem Freunde, der einem Bettler ein Almosen gab, zurief: Halten Sie doch die Kräfte nicht auf! (Geisterzeit.) Je mehr wir uns mit praktischen Dingen befassen, desto mehr wird die Gefahr schwinden, daß eine andere Machtströmung kommt und uns bei Seite wirft. Wir sind bisher immer der Hammer gewesen, lassen Sie uns nicht in Gefahr kommen, vielleicht untergeordneter Dinge wegen zum Ambos zu werden.

**Bebel:** Es ist mir unerfindlich, wer unter uns wünschen könnte, wir sollten wieder eine kleinere Partei werden. Ein so absurder Gedanke ist öffentlich sicher nicht ausgesprochen worden. Es ist auch nicht die Lust am Spintisieren, an theoretischen Erörterungen, wenn wir uns über die vorliegende Frage unterhalten. Diese Debatte haben wir nicht gesucht, sie ist uns aufgezwungen worden. Aber nachdem unsere badischen Abgeordneten eine andere Stellung zum Budget eingenommen haben als die Sachsen, Bayern und Württemberger, da ist es doch im Interesse

der Partei geboten, beratige Widersprüche zu heftigen und nach einem Standpunkt zu suchen, von dem aus wir Alle gemeinsam arbeiten können. Fendrich hat die Dinge so dargestellt, als handle es sich bei der Budgetbewilligung gar nicht um ein Prinzip, sondern um eine taktische Frage. Bei dieser Gelegenheit muß ich die Unversöhnlichkeit abweisen, die in einem badischen Parteiblatt, im „Wolfsfreund“ begangen worden ist. Das Blatt schreibt, — ich weiß nicht, ob Fendrich der Verfasser ist (Fendrich bestreitet es), ich habe es auch nicht behauptet: „Die badische Budgetdebatte wird nicht so schlimm ausfallen, denn Bebel hat sich schon genötigt gesehen, seine Resolution zurückzuziehen.“ Es ist eine Taktlosigkeit allerersten Ranges, so etwas zu schreiben. Ich habe mich nicht genötigt gesehen, die Resolution zurückzuziehen, sondern die hier auf dem Parteitag anwesenden Genossen, die in den Landesvertretungen sitzen, sind zusammengerufen, haben die Resolution beraten und den Wunsch ausgesprochen, daß eine Form gefunden wird, der sie Alle zustimmen könnten. Ich habe dann mit Genossen aus den Landtagen einiger Einzelstaaten gesprochen, und speziell unser Veteran Löwenstein war es, der es für nötig hielt, eine prinzipielle Resolution abzufassen und wünscht, daß ich dieses hier ausdrücklich erkläre. Dann haben wir uns auf eine Fassung geeinigt, die in ihren ersten beiden Absätzen durchaus prinzipiell ist und keinen Zweifel läßt, wie unsere Genossen zu stimmen haben. (Redner verliest die beiden Absätze seiner Resolution.) Das ist ein durchaus prinzipieller Standpunkt, der sich von dem meiner ersten Resolution nur dadurch unterscheidet, daß die erste Resolution die Gründe des Breiteren auseinandersetzt, weshalb sie gestimmt werden soll, während ich mich jetzt mit der prinzipiellen Fassung begnüge. Wegen den dritten Satz hatte ich Bedenken, aber ich habe dann in der Auseinandersetzung den Eindruck gewonnen, daß es allerdings Fälle und Möglichkeiten giebt, wo unsere Genossen in den Landtagen in die Lage versetzt werden können, eine Ausnahme von der Regel zu machen.

Es steht von vornherein fest, daß die badischen Genossen kraft der in der Resolution ausgesprochenen Grundsätze gegen das Budget stimmen müßten, und indem sie dies nicht thaten, einen Verstoß begangen haben. (Sehr richtig!) Nach meiner Auffassung sind es nur ganz a n z a u s n a h m e s w e i s e Fälle, für die einmal der letzte Satz der Resolution in Frage kommen könnte. Da man sich doch, wenn man einen solchen Satz vorschlägt, fragen muß, wann könnte das sein? so will ich Ihnen die zwei Fälle anführen, die dabei für mich in Betracht gekommen sind. Der eine Fall, der in Folge der eigenthümlichen Budgettechnik, die ja nicht überall gleich ist, eintreten kann, und der auch in Hessen bereits eingetreten ist, ist der, daß ein für die Steuerzahler günstigeres Budget fallen und ihnen ein ungünstigeres aufgehalst wäre, wenn unsere Genossen nicht für das erstere gestimmt hätten. Man zieht dann das kleinere Uebel dem größeren vor. Der andere Fall ist folgender: Im Gothaer Landtag sitzen 9 Genossen von uns und 10 Gegner. Nehmen wir an, nach der nächsten Wahl ist es umgekehrt! Dann verlangen wir selbstverständlich, daß unsere Genossen in Anbetracht ihrer Majorität das Budget nach ihrer Auffassung gestalten, und dann müssen sie doch auch dem Budget zustimmen. (Sehr richtig!) Das ist selbstredend. Unsere Genossen in Gotha sind auch insofern in einer günstigen Lage, als die Privatliste aus dem Budget eliminiert ist. Dieselbe beruht auf Staatsverträgen, die mit dem Budget nichts zu thun haben. Das sind also die beiden Fälle, und da habe ich mir allerdings sagen müssen: So weit können wir nicht gehen, daß wir unseren Leuten unter allen Umständen einen Knüppel zwischen die Beine werfen. Ich erinnere an meine Ausführungen in Frankfurt a. M., wo Vollmar und Willensberger sagten, ich wolle meiner persönlichen Gegnerschaft Ausdruck geben und es auf einen Bruch ankommen lassen. Damals erklärte ich: Das ist nicht wahr. Meine damalige Resolution war so milde wie möglich und deshalb habe ich mich auch jetzt gegen die Resolution Luxemburg erklärt. Man wäre ja die ganze Frage

niemals auf einen deutschen Parteitag zur Erörterung gekommen, denn wir einen deutschen Einheitsstaat befaßen. Den haben wir unglücklicherweise nicht, wir haben ein paar Duzend Einzelstaaten und freie Städte mit selbständigem Leben, und für diese ganz verschiedenen Verhältnisse suchen wir einen gemeinsamen Boden zu schaffen. Das ist aber notwendig, denn unsere Partei soll ja eine einheitsliche sein, sie muß also auch einheitslich handeln.

Nun hat Fendrich die Abstimmung im badischen Landtag als sehr harmlos hingustellen beliebt. Vor Allem weiß ich nicht — das ist weder aus seiner heutigen Ausführungen, noch aus seinem Artikel in den Monatsheften, noch aus dem von ihm im Auftrage der Landtagsfraktion bearbeiteten Handbuch für sozialdemokratische Landtagswähler hervorgegangen — warum die Genossen im badischen Landtag diesmal anders als früher gehandelt haben. Wenn in irgend einem Lande die ausschlaggebenden Gründe maßgebend sein müßten, gegen das Budget zu stimmen, so vor Allem in Baden. (Sehr richtig!) Fendrich sagt selbst in seiner Broschüre, es sei die badische Regierung, die fortgesetzt dagegen ankämpfe, das Landtags- und Gemeindevahlrecht zu verbessern und das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht einzuführen. Eine Haupt- und Kardinalforderung! Und ich behaupte, solange diese Forderung nicht erfüllt ist, können wir schon allein deswegen niemals ein Budget bewilligen. In Bezug auf das Vereins- und Versammlungsrecht sind die Zustände in Baden so schlecht wie in irgend einem anderen Lande. Das giebt auch die Broschüre von Fendrich zu. Ohne jeden gesetzlichen Grund sind dort 100 000 Mailflugblätter konfisziert, werden Versammlungen verboten, wird eine ganze Reihe von Maßnahmen gegen unsere Leute unternommen, werden Gedächtnisfeiern für die Kämpfer von 1848/49 verboten u. dergl. mehr. Mir selbst ist vor einigen Jahren bei Neumühl auf badischem Boden eine Versammlung nicht nur unterlag, sondern ich sah auch ein ganzes Heer von Gensdarmen aufgeben, die mit geladenem Gewehr vorgehen sollten, falls sie, nachdem die Aufforderung mit Hinweis auf die Aufbruchparagrafen auseinandergezogenen verlesen worden sei, auf Widerstand stießen. (Zuruf: Ist schon lange her!) Ja, aber der Geist ist noch derselbe.

Geradezu unerhört ist es, daß Fendrich den Verfassungsseid als Grund angiebt, weshalb man für das Budget stimmen mußte. (Bewegung.) Wenn so etwas maßgebend sein soll, dann hört allerdings Alles auf. Wir haben im sächsischen Landtag erklärt: Wir leisten den Eid, wir betrachten ihn als leere Form, wir sind Republikaner und werden uns in unserer Abstimmung nicht dadurch gebunden halten. (Sehr wahr!) Der Verfassungsseid ist ein altes Inventarstück aus der 30er und 40er Jahren, den die Regierungen nach der Revolution eingeführt haben, weil sie glaubten, sie sicherten damit in höherem Maße ihre Existenz. Die Reichsverfassung kennt ihn nicht, und wenn heute in einem Staate eine neue Verfassung beschloßen würde, würde Niemand mehr solchen Eid fordern, weil man weiß, daß er zwecklos und nutzlos ist. Und da kommt man sozialdemokratischerseits und sagt: wir haben den Eid geleistet und sind deshalb gezwungen, für das Budget zu stimmen. Wenn ferner über etwas Klarheit besteht, wie gestimmt werden muß, so ist es das Kultusbudget, soweit es sich auf Kirchen- und Religionsgemeinschaften bezieht. Hier muß und wird überall dagegen gestimmt, nach dem klaren Wortlaut unseres Programms. Aber in seiner Broschüre erklärt Fendrich, daß sie in Karlsruhe ihrer prinzipiellen Gegnerschaft dadurch Ausdruck verliehen hätten, daß sie sich der Abstimmung enthielten. (Hört! hört! Bewegung.) Einige Positionen sollen sogar durch diese Enthaltensliste angenommen worden sein. Kann man einen größeren Verstoß gegen das Programm begehen? Deshalb habe ich auch ausdrücklich einen diesbezüglichen Satz in meine Resolution aufgenommen.

Sie erklären bei den Budgetforderungen für die Agrarier, daß Sie mit dem Zweck der bewilligten Mittel nicht einverstanden sind, stimmen aber doch

befür. Ja, sie bewilligen über 82 000 Mark für die Organisation der Landwirtschaft, die doch sich nur organisieren, um dann besser für höhere Lebensmittelpreise wirken zu können. (Hört! hört!) Weiter ist gesagt, wer gegen das Budget stimmt, treibt Blanquismus. (Geisterzeit.) Vollmar wird sich sehr gewundert haben, wenn er das gelesen hat. (Erneute Geisterzeit.)

In welcher Weise überhaupt der einfachste demokratische Geist bei unserer badiſchen Genossen in die Würde gegangen ist, das zeigt folgende Thatsache. Das offizielle badiſche Parteiorgan hat direkt verlangt, daß von oben herunter der Genossin Luxemburg entgegengetreten werde, es sei hohe Zeit, den Stärkeren ein Ende zu machen. Das ist die Pressefreiheit und die Meinungs-freiheit, wie man sie in Baden auffaßt! Würde der besteste Nationalliberale das fordern, so würde er verhöhnt, aber ein Parteiblatt darf das schreiben, ohne daß ihm die gebührende Antwort deshalb zu Theil wird. Das war keine Dummheit, das war mehr, das war eine Perfidie und Gemeinheit. (Lebhafte Zustimmung.) Es ist weiter Thatsache, daß unsere badiſchen Genossen auch auf anderen Gebieten die eigenthümlichsten Seitenfrünge gemacht haben. Der Oberbürgermeister von Karlsruhe, Schmebler, ist ein Hauptsozialistenfeind, der sich den Hoch unserer Genossen durch seine Maßnahmen zugezogen hat. Und als vor einigen Jahren die Frage der Gehaltserhöhung aufkam für diesen Mann, dem man nicht einen Pfennig bewilligen sollte, da stimmten unsere Genossen für die Gehaltserhöhung. (Hört! hört!) Noch mehr! Dieser Herr feierte im Laufe des Sommers sein 25jähriges Jubiläum durch ein Bankett, und unter denen, die dazu auffordern, an der Feier theilzunehmen, findet sich unser Genosse Schaefer, Schreiner und Stadtverordneter. (Hört! hört!)

Wie man sonst noch in Bezug auf die prinzipiellen Fragen in Baden denkt, zeige Folgendes: Auf dem badiſchen Parteitag im Februar d. J. äußerte Fendrich: „Wir müssen die Ideale in den Hintergrund stellen, nicht einmal das Wünschenswerthe, sondern nur das Erreichbare erstreben.“ Das ist der Possibilismus in seiner erschreckendsten Gestalt! (Sehr richtig!) Und der Genosse, der jetzt für den Landtag kandidirt, Kolb, sagte: „Innerhalb der nächsten zehn Jahre werden wir noch ganz anderen Programmballast über Bord werfen: das Wahlrecht der Frauen, die Minimalgrenze des Wahlrechts für männliche Arbeiter.“ Dieser Genosse weiß also nicht einmal, daß die Frage des Frauenwahlrechts in der ganzen Kulturwelt jetzt seinen Urzug hält und in einer ganzen Reihe von Staaten zur Geltung kommt. (Sehr richtig!) Er weiß nicht mal, daß in seinem Nachbarstaat Bayern für die Landtagswahlen das 21. Jahr gilt, er weiß nicht, daß für die Kommunalwahlen in Baden selbst das 21. Jahr gilt. Ja, wenn eine solche Rückständigkeit in den selbstverständlichen Forderungen herrscht, über die zu diskutieren Keinem unter uns bei irgend einer Programmdebatte noch einfällt, wenn wir hören, daß unsere Genossen sich solche Wüsten geben und derartige Meinungen vor versammeltem Parteitag äußern, dann haben wir alle Ursache, sie endlich einmal zu zwingen, künftig den Weg zu wandeln, den zu wandeln wir für absolut nothwendig halten. (Sehr richtig!)

Noch Eins: Es ist unter den deutschen Fürsten neben dem Kaiser der Großherzog von Baden, der bei jeder Gelegenheit in der schärfsten Weise sich gegen die Sozialdemokratie ausdrückt. (Sehr richtig!) Ich nehme diesem Herrn natürlich nicht das Recht, das zu thun, ich konstatire einfach die Thatsache, aber wenn selbst der Landesfürst von diesem Geist gegen uns befeelt ist, wenn die Regierung durch eine ganze Reihe von Maßnahmen das Gleiche dokumentirt, dann ist es nicht nur eine Pflicht, nein, ich sage, eine Anstandsspflicht der sozialdemokratischen Abgeordneten, einer solchen Regierung das Budget zu verweigern. (Sehr richtig!) Durch die Anfragen unserer Genossen im badiſchen Landtag ist konstatirt worden, daß die badiſche Regierung für die Stattenborlage, für die Umstrukturvorlage gestimmt hat, trotzdem bewilligt man ihr das Budget. Man

wirft die Frage auf: was soll denn dann werden? Zerbrecht Ihr Euch doch nicht den Kopf darüber, Ihr 5, 6 Männer im Landtage! (Geisterzeit.) Da haben Euerer Vorfahren, die badiſchen Liberalen, in den 30er und 40er Jahren eine viel radikalere Haltung bewahrt, sie haben unter Rotted und Welcker die Fahne des Liberalismus für ganz Deutschland aufgerollt. Bei uns ist es umgekehrt, in Baden kann es garnicht rasch genug rückwärts gehen durch unsere Partei-genossen. (Die Redezeit ist abgelaufen.) Es sind mir noch einige andere kompromittierende Vorgänge bekannt, ich höre aber, daß die Redezeit abgelaufen ist, und bitte Sie, unter allen Umständen für meine Resolution zu stimmen, aber das Amendement Baudert abzulehnen, das nur eine Hintertür offen läßt. Von Baudert habe ich das nicht erwartet. Ja, Sie haben auch für das Budget gestimmt. Wer so viel Krügel von der weimarischen Regierung kriegt wie unsere Partei-genossen in Weimar, die heute alle unsere Versammlungen verbietet, und dann als Vertreter der Partei hinterher für das Budget stimmt, der besitzt allerdings eine Charaktereigenschaft, die ich nicht verstehe. (Stürmischer Beifall. Händeklatschen.)

Baudert: Zu den Schlussworten Bebel's habe ich zu erklären, daß in den früheren Jahren, wo ich das zweifelhafte Vergnügen hatte, allein im Landtage zu sitzen, ich stets gegen das Budget gestimmt habe. Dieses Mal trat ein eigenthümlicher Fall ein, der mich mit meinem Kollegen veranlaßte, eventuell, wenn ein bestimmter Antrag von dem Landtage angenommen werden würde, das Budget zu bewilligen, ohne damit der Regierung irgendwie ein Vertrauens-votum zu erteilen. Wir kamen nicht in diese Lage, da der betreffende Ausschuß schon umfiel. Man kommt in eine schwierigeren Lage, wenn man jetzt in größerer Zahl in der Körperschaft sitzt, als wie vorher in geringerer Zahl; in Gemeindevertretungen hat schon Mancher die Erfahrung gemacht. Ich sehe eine viel schärfere Opposition und ein stärkeres Misstrauensvotum darin, daß man bei der Einzelberathung die einzelnen Positionen in scharfer Weise angreift. Ich habe die Diäten des Bundesbevollmächtigten abgelehnt, weil auf meine ausdrückliche Frage, welche Instruktionen die Regierung ihrem Vertreter gegenüber der Diätenforderung des Reichstages erteilt habe, Schweigen erfolgte. Auf die Begründung der Ablehnung einer Etatsposition kommt es an, in ihr liegt meiner Ansicht nach der Protest.

Singer: Ueber das Amendement Baudert werde ich nicht sprechen; es kann nicht besser beurtheilt werden, als es durch Bebel geschehen ist. Ich spreche zur Resolution Bebel und schließe mich in ihren ersten beiden Sätzen durchaus seiner Meinung an. Die Frage der Gesamtbewilligung des Budgets müssen wir aus dem Gesichtspunkt des Vertrauens zu der Regierung betrachten; allgemein gilt sie als Vertrauensvotum für die Regierung, und daß wir keiner Regierung in Deutschland, mag sie sein, wo sie wolle, ein Vertrauensvotum zu erteilen Ursache haben, darüber in diesem Saale ein Wort zu verlieren wäre ganz überflüssig. (Sehr richtig!) Aber ich spreche gegen den Schlußsatz der Bebel'schen Resolution; er will eine Zustimmung zu dem Budget dann gestalten, wenn ausnahmsweise zwingende Gründe bezw. besondere Verhältnisse vorliegen. Allen den Schäden und Nachtheilen, die Bebel Ihnen so berechtigt und richtig vorgehalten hat, wird durch den Schlußsatz Thür und Thor geöffnet. (Bebel: Ist gar kein Gedanke!) Gewiß, Genosse Bebel! Wer entscheidet denn; was besondere Verhältnisse, was zwingende Gründe sind? Das entscheiden dann diejenigen, die die Abstimmung vorgenommen haben. (Sehr richtig!) Ich befreite garnicht, daß einmal ein Fall vorkommen kann, in dem eine Abweichung von der Regel angebracht ist; aber, Genossen, ich denke, wir Sozialdemokraten haben oft genug bewiesen, daß, wenn Genossen eines Landes oder Landes-theils uns ihre zureichenden Gründe für ihr Verhalten dargelegt haben, wir sie nicht getadelt oder verurtheilt haben. Man warte also ab, ob besondere Verhältnisse

vorliegen, ob zwingende Gründe sich ergeben, aber man hat es nicht nötig, vorher bereits festzustellen, daß in solchen Fällen die Budgetbewilligung eintreten kann, gerade weil darin die Gefahr liegt, daß, was wir prinzipiell wollen, dann praktisch mit zwingenden Gründen verteidigt wird, die die Gesamtpartei als solche nicht anfechten kann. Ich bin also der Meinung, daß dieser Zustand eine Gefahr ist für die klare prinzipielle Stellung, die in den Vorberäthungen der Resolution ausgesprochen ist, und weil ich wünsche, daß der Parteitag durch eine solche Resolution den Genossen in den Einzelstaaten die Rathschläge giebt, deren Ausführung wir im Interesse der Partei für notwendig halten, deshalb wünsche ich, daß der dritte Satz der Resolution abgelehnt wird. Ich beantrage also getrennte Abstimmung.

**Reif-Stuttgart:** Ich hätte gewünscht, wir hätten einen Theil der Zeit, die wir in der Litteratendebatte vergeudet haben, die den Betreffenden selbst einen Genuß bereitet haben mag, für uns aber wenig Erhebendes hatte, für die gegenwärtige Frage verwendet. Es handelt sich um eine Frage der Taktik, nicht um eine solche der Theorie. Wir in Württemberg sind Baden benachbart. Die Verhältnisse bei uns liegen ähnlich, in Württemberg sicherlich nicht reaktionärer als in Baden. (Sehr richtig!) Wir haben gegen die badischen Genossen für das Budget gestimmt, und ihre Abstimmung ist uns schon sehr hinderlich gewesen, noch mehr aber die Begründung, die Fendrich zuerst in dem Handbuch und nachher ausführlicher in den „Sozialistischen Monatsheften“ gegeben hat. Wir könnten es uns erlauben, uns selber Knüttel zwischen die Füße zu werfen. Citate aus Fendrich's Artikeln werden von unseren Gegnern ausgenutzt. In unserem Blatt haben wir noch keine Stellung genommen zu Fendrich, wir hätten sonst vielleicht auch so widerliche Debatten heraufbeschworen, wie solche hier in den letzten Tagen stattfanden. Was hat Fendrich nicht Alles gesagt! Er hat in seinem Artikel von der Budgetverweigerung gesprochen als von einem formalistischen Modus, von einer revolutionären Ceremonie, von einem konventionellen und völlig wirkungslosen Lustspiel. Von der Justiz sagt Fendrich, daß seit dem Ablauf des Sozialistengesetzes von Massenauflösen Auswüchsen der Justiz in Baden keine Rede sein kann. (Fendrich: Das habe ich ja nicht gesagt.) Medner versteht das Citat aus den „Sozialistischen Monatsheften“ und fährt fort: Fendrich hat nun das Unglück, daß die badische Justiz in diesen Tagen gerade das Urtheil gegen Opificius gefällt hat; eine subjektive Schuld muß ihm erst angewiesen werden (sehr richtig!), und trotzdem hat man ihm — ein unerhörtes Fall — kein Mandat aberkannt. Und da lobt Fendrich die badische Justiz! Und weiter: er lobt, daß unsere badischen Abgeordneten als gleichberechtigt behandelt würden. Das ist doch wirklich der Gipfel der Bescheidenheit für einen Sozialdemokraten. Seit wann müssen wir denn eine Gegenleistung dafür gewähren, daß uns die selbstverständliche Gleichberechtigung mit den bürgerlichen Parlamentenmitgliedern eingeräumt wird? Das sind etwa die kräftigsten Wendungen, die in dem Fendrich'schen Artikel stehen. Sie werden begreifen, daß unsere Gegner sich auf solche Stellen stützen, um sie uns vorzuhalten, die wir bei unserer verneinenden Stellung verharren. Wir haben unsere Justizverwaltung, Steuerwesen, Kultusetat, ja auch unsere Eisenbahnverwaltung auf das bestmögliche kritisiert. Und wir haben mit unserer Kritik der Einzelforderungen Erfolg im Volke gehabt; überall haben wir Zustimmung geerntet, und die Sympathie, die uns das Volk entgegenbringt, ist gewachsen. Die Sympathie würde schwinden, wenn wir durch die schließliche Zustimmung zum Budget unserer eigenen Kritik ins Gesicht schlagen wollten. Hierdurch, nicht durch die Verweigerung des Budgets, würden wir unser Ansehen schädigen. (Zustimmung.) Nun sagt Fendrich: Die Verfassung verbietet es, gegen das Budget zu stimmen; da dürfte er sich überhaupt auf kein Programm wagen lassen, denn dann könnte ja auch die Regierung darauf verweisen: Du bist mit

einem bestimmten Auftrag hierher gekommen, hast deshalb nach unserer Verfassung hier nichts zu suchen. (Sehr richtig!) Singer erschwert es uns durch seine Bedenken, einen einheitlichen Standpunkt zu gewinnen. Ich bitte ihn, seinen Widerspruch zurückzuziehen, damit wir mit möglichster Einmütigkeit den Weg zeigen, den wir in der Budgetfrage in den Einzelstaaten zu gehen haben. (Beifall.)

**Stolten:** Das Meiste ist durch Bebel erledigt, aber Einiges möchte ich zu dieser Frage bemerken. Auch ich bin der Meinung, daß es nebensächlich ist, ob wir aus prinzipiellen oder tatsächlichen Gründen als normales Standpunkt für uns den betrachten, daß das Budget verweigert wird, wenn wir nur eine sichere Nisthöhle haben, wie sie in der Resolution Bebel gegeben ist. Ich halte die Weigerung für das normale Verhalten, weil der Staat einen Klassencharakter trägt, nicht aber deshalb, weil ich unter allen Umständen in der Budgetbewilligung eine Vertrauensstunde sehe. Wenn bei der Budgetberatung unser Standpunkt genügend zum Ausdruck gebracht wird, dann braucht in der Budgetbewilligung keine Vertrauensstunde gesehen zu werden. Ich bin dafür, daß nur aus zwingenden Gründen der normale Standpunkt verlassen wird. Es giebt aber Nothfälle, wo das Budget angenommen werden muß, und in diesen Fall werden vielleicht in kurzer Zeit unsere gothaischen Genossen hineingerathen. Wenn unsere Vertreter in Gotha die Mehrheit erlangen, dann können sie das Budget zwar nicht vollständig, aber doch zu einem großen Theile nach ihren Wünschen gestalten. Eine Revolution können sie nicht machen, auch wenn sie die Mehrheit haben und es wollen, weil rundherum preußische Bagnonnetts sitzen. Wir müssen also mit Verhältnissen rechnen, wo wir für das Budget stimmen müssen. Diese Nothwendigkeit war aber in Baden nicht vorhanden und auch Fendrich hat sie nicht durch den Hinweis auf die Verfassung bewiesen, wogegen die Abgeordneten keine Instruktionen annehmen dürfen. Dem Antrag Bauerer bitte ich nicht zuzustimmen, weil er alle Dem, was geschehen ist, wieder Thor und Thür öffnet. Die Thatsache, daß Fendrich für die Resolution Bebel eingetreten ist, könnte bedenklich erscheinen. Aber ich habe den Eindruck, als wolle er durch sein Eintreten die Resolution Bebel zu Fall bringen. Durch seine Zustimmung könnten einzelne Genossen zu dem Eindruck kommen, die Bebel'sche Resolution käme zu sehr dem Standpunkt Fendrich's entgegen. Sollte aus diesem Grunde die Resolution Bebel abgelehnt werden, dann würde aber wohl eine schärfere angenommen werden. Mir genügt sie. Deshalb kann ich auch nicht dem Antrag Singer zustimmen. Singer meint, der Abfall im Antrag Bebel, dessen Streichung er beantragt, würde alle Uebel wieder zulassen. Ich muß das entschieden bestritten. Singer bestreitet nicht, daß Fälle eintreten können, wo das Budget von uns bewilligt werden muß. Wenn man das aber voraussetzt, so muß man solche Fälle von vornherein mit berücksichtigen. Es geht nicht, erst abzuwarten und nachher zu reden. Denn dann haben wir den Streit nachher um so schlimmer. (Zustimmung.)

**Ulrich:** Die Resolution Bebel ist zu Stande gekommen, nachdem auch ich im Verein mit David und Stolten die Frage besprochen habe. Ich bitte Sie, für diese Resolution zu stimmen und gegen den Antrag Singer zu votiren. Stolten's Gründe sind durchschlagend. Wenn Sie eine so positive Feststellung, wie Singer will, treffen wollten, dann würde unabweisbar das Entstehen, was ich Jahre lang erlebt haben. Denken Sie an unser Verhalten bei den Stichwahlen. Da lag auch ein Parteitagbeschuß gegen die Theilnahme vor, und er wurde fortgesetzt übertreten. Die Landtagsabgeordneten der einzelnen Vereine waren thatsächlich darauf angewiesen, mit den Genossen des Landes über diese Frage zu diskutieren und nach deren Beschüssen zu handeln. Was die Frage selbst anlangt, so scheint sie mir ohne jeden Grund von der einen Seite absichtlich unterschätzt, von der anderen Seite absichtlich aufgebauscht worden zu

sein. Bei den Budgets der Kleinstaaten handelt es sich in der Hauptsache um nichts Anderes, als um die Bewilligung von Geldern, die zur Verwaltung und Organisation notwendig werden. Ich muß Singer wirklich bitten, wenn er so radikal auftritt, auch in der Berliner Stadtverordneten-Versammlung das Budget zu verweigern. (Zurufe: Wir haben gar kein Budgetrecht.) Wenn wir auf den merkwürdigen Abstimmungsmodus hinweisen wollten, der es bei uns in Hessen bewirkt, daß wir eine eigentliche Budgetabstimmung nicht haben, dann würde man mir sagen: Ja, alter Freund, das liegt ja in Eurem Finanzgesetz darin, dahinter kannst Du Dich nicht verstecken. Dasselbe gilt auch für Berlin. (Widerspruch.) Wir müssen uns wirklich einmal darüber unterhalten, was die Kollegen in den Gemeinden und besonders in Berlin thun. Wenn wir allzumal Sünder sind und des Ruhmes ermangeln, dann ist auch Singer ein Sünder und (zu Wurm) auch Sie, edler Freund. (Heiterkeit.) Kommt mir man nicht mit Sophismen. (Ruf: Gehalt für den Großherzog!) Na und Ihr Berliner, Ihr bewilligt das Gehalt für den Polizeipräsidenten und das Gehalt für die Aht-großknechtungen. (Lebhafter Widerspruch.) Das Alles müssen die Berliner bewilligen. (Ruf: Sie kennen ja die preussischen Verwaltungsgesetze nicht.) Ich verwahre mich dagegen, daß in solchen Abstimmungen wie bei uns irgend welche Zustimmung zum Budget liegt. Unsere Budgetabstimmung geht so merkwürdig vor sich, daß ich in den 17 Jahren, wo ich Mitglied des hessischen Landtages bin, nur einmal Stellung zum Budget genommen habe. Unser Budget wird Position um Position erledigt. Eine Gesamtabstimmung giebt es bei uns überhaupt nicht. (Ruf: Ihr Glückchen!) Nachher heißt es im Finanzgesetz: Wir brauchen so und so viel Steuern, und der Koeffizient der verschiedenen Steuern wird berechnet. Das ist das reine Rechenexempel. Das eine Mal, wo wir Werth darauf legen, daß die von der Regierung beantragte Steigerung des Steuerkoeffizienten abgelehnt würde, haben wir benutzt für den Etat gestimmt. Was die Zivilliste betrifft, so ist sie durch Vertrag festgelegt. Das frühere Privatvermögen der Fürsten ist in den Besitz des Staates übergegangen.

**Geyer:** Zunächst erkläre ich meine Uebereinstimmung mit der Auffassung Singer's über den Schlusssatz in der Resolution Bebel. Er ist mir zu dehnbar; die Genossen in den Einzelstaaten, die das Budget bewilligen wollen, werden immer besondere Verhältnisse und zwingende Gründe vorhanden glauben, besonders da Bebel das Wort von dem kleineren Uebel hat fallen lassen. (Bebel: Das war speziell auf die hessischen Verhältnisse gemünzt!) Wir haben mit der einen einzigen Ausnahme stets gegen das Budget gestimmt. Man hat uns die größere Reaktion der Regierung und Parteien und auf der anderen Seite den größeren Einfluß der Genossen in anderen Einzelstaaten entgegengehalten, man müsse die Gegensätze zu mildern suchen. Dies Argument ist das allerungünstigste, das man sich denken kann; wir leben im Klassenkampf. Die Eisenbahnausgaben, von denen Klotz sprach, sind Etatkapitel; dafür haben wir je nach ihrer Art gestimmt oder sie abgelehnt. Ja, aber wenn z. B. in Göttingen die Genossen die Mehrheit haben, dann werden sie doch jedenfalls den Etat in unserem Sinne zu gestalten suchen, und wenn die Regierung ihn nachher ablehnt, dann tragen nicht wir, sondern die Regierung die Verantwortung. Wir haben so lange in den Landtagen mitgewirkt, daß es eigentlich erstaunlich ist, daß diese Frage trotz des Frankfurter Beschlusses immer wieder an den Parteitag herantritt. Die badischen Genossen scheinen die Partei von ihren Grundfragen abdrängen zu wollen. (Beifall.)

**Zooß-Gotth:** Ich stehe auf dem Standpunkte, daß die Bewilligung des Etats keine prinzipielle, sondern eine taktische Frage ist. Das hat Singer ebenso wie die Andern zugegeben. Wenn, was das nächste Mal hoffentlich der Fall sein wird, wir in Göttingen die Mehrheit haben werden, ist uns die Bewilligung des

Etat, den wir dann gestalten werden, von den Rednern hier gestattet worden. Wenn wir das nicht thun wollten, dann bliebe uns ja nichts übrig, als zu erklären, wir lehnen die Theilnahme an der Budgetberatung ab; das wäre aber — verzeihen Sie den Ausdruck — Prinzipienreiterei. Uns hat noch nie ein Genosse gefragt, ob wir das Budget bewilligt haben oder nicht. Ein Fall aus unserer jüngsten Erfahrung wird Ihnen zeigen, daß man, auch ohne die Majorität zu haben, unter Umständen den Etat bewilligen muß. Wir haben eine neue Regierung, die versucht, sich mit uns auf einen guten Fuß zu stellen — natürlich nicht, um unserer schönen Augen willen, sondern weil wir 9 unter 19 Abgeordneten sind. Wir hätten wohl auch diesmal den Etat zu Fall bringen können, weil bei der Haltung des Ministeriums in der Frage der Getreidezölle die Agrarier vielleicht gegen das Budget mitgestimmt hätten. Aber was hätten wir damit erzielt? Ich will Ihnen einmal das vorführen, was wir bisher dank unserer Stärke erreicht haben: die Entschädigung unschuldig Verurtheilter nicht nur, sondern auch der unschuldig Verhafteten; eine Gewerbeaufsichts-Inspektantin; eine Erhöhung der Löhne der Domänenarbeiter von 120 Mk. auf 3 Mk., die in den Etat eingestellt sind; die Bewilligung von 2000 Mk. für das Arbeiterssekretariat ohne jede andere Bedingung, als der Ueberwachung der unparteilichen Auskunftsvertheilung durch einen Regierungsvertreter. Wir haben den zum mindesten moralischen Erfolg erreicht, daß unser Volk Vizepräsident geworden ist und zugleich auch in den Verwaltungsgerichtshof, des höchsten Gerichtshofes, auch über die Regierung, gewählt und sofort bestätigt worden ist. Nicht eine einzige Versammlung wird mehr von der Polizei überwacht. — Alles Zugeständnisse, weil man wußte, daß wir eine so starke Macht sind. Diesmal ist der Etat einfach verlängert worden, weil ein neues Steuergesetz in Vorbereitung ist. Wenn wir nun zu unseren Wählern gekommen wären und ihnen gesagt hätten, das Alles haben wir erreicht, aber dann den Gesamtetat verweigert, glauben Sie, unsere Wähler hätten ein solches Verhalten begriffen? Verzeihen Sie nicht, daß wir es nicht mit aufgeklärten und zielbewußten Berliner und Hamburger Genossen zu thun haben, sondern mit einer Landbevölkerung, der solche Widersprüche unbegreiflich wären. Ich bin auch dafür, daß man das Budget ablehnt in Fällen wie in Baden oder Weimar, aber unter Umständen geht es nicht. Wenn man hinterher um Indemnität bitten müßte, so würde man eine klägliche Rolle spielen.

**Ged:** Ich unterfühle vollkommen die Ausführungen und die Resolution Bebel; ich kann das, weil ich noch ein unschuldiges Kindelein in Sachen der Budgetbewilligung bin — ich hatte Krankheitsurlaub. Namens der badischen Sozialdemokratie kann ich versichern, daß sie keine Neigung hat für diese moderne Erscheinung der Budgetbewilligung. Baden ist ja das Probirlande, nicht nur für die Regierung. In Frankfurt konnte ich für die Resolution von damals stimmen; damals standen wir unter dem geschärften Eindruck des Sozialistengesetzes, und dem Ministerium Eisenlohr konnte man wahrhaftig kein Budget bewilligen. Die badische Regierung hat keine Begründung dafür bekommen, weshalb die sozialdemokratische Fraktion damals so und heute so stimmte. Man hat sich damals begnügt, gegen die Apanageerhöhung für den nachbleibenden Hof zu stimmen; dies allein hätte mich gezwungen, das Budget abzulehnen. Dazu hat man die Petitionen der Eisenbahnbeamten, statt sie empfehlend der Regierung zu überweisen, sie in Gemeinschaft mit den bürgerlichen Parteien zur Kenntnisaufnahme überwiesen, ein Begründungsstück erster Klasse. Ich bin überzeugt, die badischen Genossen werden mit dem Beschluß des Parteitages durchaus einverstanden sein. Man hat mir meine Erklärung auf dem Münzger Parteitag in Sachen der Wahltaktik verübelt; es war das nur ein Wink mit dem Zaunpfahl, eine Mahnung an die Konsuln, daß etwas faul ist in Baden. Stellen wir die früheren Zustände wieder her.



**Oberkamp-Brermerhaven:** Ich verstehe es nicht, wie Parteigenossen es über sich gewinnen können, trotz der von Webel konstatirten Thatfachen den Regierungen Vertrauensvoten zu erteilen durch die Staatsbewilligung. Eine jede Einzelregierung ist ja ein Theil auch der deutschen Gesamtregierung und mit verantwortlich für den jetzigen Sunnentanz. Unsere Abgeordneten sollten die Regierung im Reichstage auch wegen der Zukunft der astronomischen Instrumente interpelliren, die auf dem Vlodddampfer aus China angekommen sind. Wir sollten uns mehr mit theoretischen Fragen beschäftigen; die Gewerkschaftsfragen, die uns zwei Tage beschäftigt haben, gehören auf den Gewerkschafts-Kongress. Den Genossen in den Einzelstaaten muß das Gewissen geschärft werden, damit sie nicht auf die abschüssige Bahn gerathen. Wie man im Klassenstaat den Landesetat sozialistisch gestalten kann, begreife ich nicht.

**Emmel - Mühlhausen** begründet einen Schlußantrag. Die Beschlüsse werden durch die weitere Debatte nicht mehr beeinflusst werden. Wir wollten heute Abend noch das Referat Webel's über die Handelsverträge hören.

**Schhart:** Lehnen Sie den Schlußantrag auf jeden Fall ab. Es sind so gravirende Dinge vorgebracht worden, daß es beschämend wäre, wollte man den Betreffenden nicht die Möglichkeit geben, sie zurückzuweisen.

Der Schlußantrag wird abgelehnt.

**Müste - Hamburg:** Ich stehe auf dem Standpunkt, daß die Sozialdemokraten in allen Körperschaften, in denen sie vertreten sind, das sozialistische Prinzip nicht verletzen dürfen, und das würde geschehen durch Bewilligung des Budgets an die antisozialistischen Regierungen. Nehmen Sie die Resolution Webel in ihrem ganzen Umfange an.

**David-Mainz:** Wed hat Ihnen mitgeteilt, daß er in Bezug auf die Budgetbewilligung sich noch im Stande der Unschuld befindet; aber 1894 war er in Frankfurt bereit, seine Unschuld aufzugeben. Auch für ihn ist die Unschuld-Schwermüdigkeitsfrage (Selterkeit), ausnahmsweise hält er es für gestattet, aus dem Stande der Unschuld herauszutreten. Aber die ganz ausnahmsweise schräg abfallende schiefe Ebene in Baden hat ihn lospfeifen gemacht. Da ist es doch merkwürdig, daß er, der seit Jahren Mitglied der badischen Landtagsfraktion war und die Fraktionsbeschlüsse wissen mußte, nicht die Alarmglocke schon längst in Bewegung gesetzt, sondern erst des Klöppels Webel bedarf, und warum lehnt er ein Landtagsmandat ab und sieht dort nicht den Opportunisten auf die Finger? Auch für die württembergischen Genossen ist die Budgetverzweigerung nur eine Frage der Taktik; ihrer Abstimmung über das Budget fügen sie ja auch eine Reihe von Gründen bei. (Hört! hört!) Die Gestaltung der Verhältnisse in Gotha wird Ihnen ja Allen zu denken gegeben haben. Wenn die Gothaer Genossen im Landtag auch die Mehrheit erhalten, sie würden doch eine Reihe von Positionen nicht ändern können, die gegen die Interessen des Proletariats und gegen unsere Forderungen sind. Ein sozialistisches Budget können sie also nicht machen, sie müssen auch dann für ein Klassenstaatsbudget stimmen. Der Versuch eines Konflikts würde in seiner Konsequenz zu einer Wahlentzweiung führen, gerade wie in Sachsen. Ein Vertrauensvotum bringt man zum Ausdruck bei dem Gehalt des Bundesratsvertreter, der Minister, besonders des Staatsministers. Die Parteigenossen und Wähler wissen es meistens gar nicht, kein Mensch kümmert sich um die formale Frage. Die Verhältnisse in der Berliner Stadiberoordnetenversammlung liegen insofern ganz gleich, als auch die Verliner am Schluß der Budgetberatung sich über die Steuerumme schlüssig machen müssen, in der sich gewissermaßen das Finanzbewilligungsrecht für alle Einzelforderungen befindet; da müßten Sie strikte mit Nein stimmen. Einen Fortschritt zeigt diese Debatte; sie hat doch eine Entwicklung zu verhältnißmäßigen Unklarheiten gemacht als in Frankfurt. Damals wollte Webel auch die Ausnahmefälle, die ein Antrag Stadibogen im Auge hatte, nicht zulassen. (Weißall.)

**Frau Zetlin:** Ich möchte zunächst zu den Bemerkungen David's das Eine sagen: In der Erklärung unserer württembergischen Landtags-Abgeordneten zur Budgetverzweigerung war ganz klipp und klar ausgesprochen, daß das Budget sowohl in seinen einzelnen Theilen, wie in seiner Gesamtheit der Ausdruck des Klassencharakters des württembergischen Staates ist. Ich glaube, durch diese Erklärung war die Stellung unserer Genossen genügend gekennzeichnet. Es ist ein ziemlich müßiger Wortstreit, sich darüber zu unterhalten, ob die Frage der Budgetbewilligung eine grundsätzliche oder eine taktische ist, und zwar aus einem bestimmten Grunde. Nach meiner Auffassung sind Prinzip und Taktik nicht durch eine tiefe, unüberbrückbare Kluft geschiedenes. Unsere Grundsätze hängen nicht hoch oben in den Wolken einer Theorie, während unsere Taktik allein auf dem Boden der Thatfachen stehen soll. Unsere Taktik wird durch unsere Grundsätze bedingt und gegeben. (Sehr richtig!) Unsere Taktik ist nicht die Möglichkeit, der Anwendung unserer Grundsätze auszuweichen und sie jeder Zeit unter einem mehr oder minder plausiblen Vorwand über Bord werfen zu können. Nein, unsere Taktik ist die Zusammenfassung der zweckmäßigsten Mittel für die Verwirklichung und Durchführung unserer Prinzipien. Das Wesen unserer Parteiauffassung zwingt uns im Allgemeinen, in normalen Fällen das Budget als eine Vertrauensstundgebung zu der jeweiligen Regierung abzulehnen. Genosse Bloss meint, der Frage der Budgetbewilligung komme keine große Bedeutung bei, es sei eine reine Frage der Theorie. Ich bin der umgekehrten Meinung. Gerade aus Rücksicht auf die Praxis, nicht aus Liebe zur Theorie muß das Budget verteidigt werden. Die Rücksicht auf die Praxis nöthigt uns, eine möglichst einheitliche Marschroute zu suchen, sie zwingt uns aber noch zu etwas Anderem. Gerade wenn wir praktische Politiker sein, wenn wir dem kapitalistischen Staat eine möglichst große Summe von Reformen abzwängen wollen, so ist eine wesentliche Vorbedingung dafür, daß wir das Klassenbewußtsein unter den Massen wecken und außerhalb der Parlamente durch die organisirten Massen die Macht schaffen, die allein im Stande ist, dem bürgerlichen Staat unseren Willen aufzuzwingen. Deshalb müssen wir bei unserer Stellungnahme gegenüber dem Staat, den bürgerlichen Parteien, der bürgerlichen Welt festhalten, was geeignet ist, den tiefen, unüberbrückbaren Gegensatz zwischen uns und der gesammten bürgerlichen Gesellschaft aufzudecken, die Reibungsfläche zwischen der Sozialdemokratie und dem kapitalistischen Staat, sowie den bürgerlichen Parteien zu vergrößern. Mit Rücksicht darauf müssen wir in normalen Fällen das Budget ablehnen.

Noch einige Worte über die Budgetbewilligung unserer Genossen in Baden. Fendrich und seine Freunde machen sich einer Spiegelfechterei schuldig, wenn sie sagen, man konnte das Budget annehmen, weil eine große Zahl von Kulturforderungen darin enthalten sind. Ganz gleich, ob man nachrechnet, daß die und jene Posten mehr oder weniger Kulturforderungen enthalten. Wir haben das Eine festzuhalten, daß jeder einzelne Etat des Budgets ein Spiegelbild der kapitalistischen Kultur ist, und diese kapitalistische Kultur bedeutet die Unkultur, die Knechtung und Fesselung der Massen. (Lebhafte Weisfall.) In dem angeblichen Kulturbudget für das Bildungswesen z. B. spielt die Volksschule die Rolle des Käsenbrödel's. (Sehr wahr!) Fendrich sagt, in Baden könne man das Budget bewilligen, denn dort herrsche kein Ausnahmefesetz. Aber ist denn dort nicht dem Proletariat das allgemeine gleiche Wahlrecht vorenthalten? Und wenn dieses Ausnahmefesetz den Charakter des gemeinen Rechts trägt, um so schlimmer. Unerbührt kommt der Klassencharakter des badischen Staates darin zum Ausdruck. Doch mehr noch: durch die Wahlkreisgeometrie der Regierung wird dies gemeine zum gemeinsten Recht dem Volke gegenüber verschlechtert. (Sehr gut!) Fendrich und Genossen haben also unter erschwerten Umständen das Budget bewilligt.

Nehmen Sie den Antrag **Webel** einstimmig an ohne die **Singer'sche** Streichung. Wir müssen mit bestimmten Ausnahmen rechnen. Ich befürchte nicht, daß der **Passus** zum **Unterhändchen** werde, mittels dessen die Genossen den Beschluß umgehen; ich fürchte keine **Sophisterei**, ich glaube an die **Loyalität** der Genossen. Gegen **Abolition** aber schützt uns auch die feinstgegliederte **Resolution** nicht. Sollte es jedoch Genossen geben, welche ohne **Noth** das **Budget** bewilligen, so ist der **Parteitag** dazu da. Ihnen den Kopf gründlich zu waschen.

Zeigen Sie, daß wir nicht nur die ungemauerte, sondern auch die einige **Sozialdemokratie** sind. (Lebhafter Beifall.)

**Ehrhart:** Es war mir noch selten schwerer, das Wort zu ergreifen wie zu diesem Punkt der Tagesordnung unter den gegebenen Umständen. Ich bedauere, daß **Vollmar** und **Dreesbach** verhindert sind, hier zu sein. Gerade **Wurm** sollte nicht mit solcher **Schärfe** gegen die **Budgetbewilliger** sprechen. Lesen Sie doch den ersten Absatz der **Resolution**. Wollen wir dieselbe konsequent zur Ausführung bringen, so können wir unmöglich mit dem **Staatsbudget** abschließen, wir müssen auch jene der **Gemeinden** unbegreifen. Die **Gemeinden** sind nicht minder ein **Fundament** des heutigen **Klassenstaates**, und wenn Sie das **Budget** zu ihrer weiteren **Existenz** votiren, so halten Sie auch den heutigen **Klassenstaat** in seinen **Wurzeln** in der **Gemeindevertretung**. Die **Berliner Genossen** und speziell **Singer**, der, wenn es gegen uns geht, der **Radikalste** der **Radikalen** ist, was thut er in seinem **Berlin**; hat er nicht sogar die **Kosten** für den **Einzug** des **österreichischen Kaisers** bewilligt? (Lebhafter Widerspruch und Heiterkeit.) Wir wurde so **berathet**. **Webel** hat zwei Fälle genannt, wo wir für das **Budget** stimmen können. Zunächst um **Unglücklicheres** zu vermeiden; aber was bleibt da die **Konsequenz**, im **Klassenstaat**! Vom **Standpunkt** der **Budgetverweigerer** müßte uns **logischer Weise** ganz **gleichgültig** sein, welche **Folgen** unsere **Ablehnung** zeitigen würde. Im **Weiteren** glaubt er eine **Zustimmung** rechtfertigen zu können, wenn wir als **Mehrheit** das **Budget** nach unseren **Grundsätzen** gestalten haben. Ich glaube, **Derjenige**, der das in **absehbarer Zeit** erwartet, der wird im **Parlament** im **Wond** zu **Hause** sein, aber nicht bei uns. Wenn wir zu **drei Vierteln** in der **Landesvertretung** sitzen, es wird uns nicht gelingen, ein **Budget** durchzusetzen, wie wir es wollen; und wenn wir es ablehnen, wird die **notwendige Folge** die sein, daß man uns die **Klappe** vor der **Nase** zumacht, das **Wahlrecht** beseitigt. Nun wäre das ja auch kein **Unglück**, ob es aber im **Interesse** unserer **Partei** und des **Volkes** liegt, das ist eine andere **Frage**.

Ich bin kein **Kleber**, und keiner meiner **Genossen** im **Landtag** ist es; stehen Sie auf dem **Standpunkt**, daß unsere **Thätigkeit** entbehrt werden kann, so beschließen Sie doch demgemäß, sie werden manch **Einem** eine **große Last** abnehmen. Ich stimme für den **Antrag** **Waudert** und im **Nothfall** für den **Antrag** **Webel**, um **Schlimmeres** zu verhüten. (Heiterkeit.) **Beurtheilen** Sie die **Thätigkeit** der **Abgeordneten** in den **Einzelanträgen** nicht nach ihrer **Endabstimmung** über das **Budget**, sondern nach ihrer **Gesamttätigkeit**. Ich hätte ja noch auf **Manches** eingegangen, ich kann ja es aber nicht wegen **unseres Großhändlers**. (Heiterkeit.) **Ged** sagt, die **Zustände** in **Waden** sind zurückzuführen auf die **Bernsteinerei**; o nein, **Abolpß**, daran ist der **persönliche Krach** **Schuld**, an **Dem** Du nicht unbetheiligt bist; das ist schon seit dem **Fall** **Dr. Mühl** **bemerkbar**. In der **badischen Landtagsfraktion** sitzen 7 **Genossen**, darunter solche wie **Dreesbach**, die in der **Partei** mit **Thnen** alt geworden sind, die heute noch in der **praktischen Agitation** ihre volle **Schuldigkeit** thun. **Beschuldigungen**, wie sie **Webel** erhoben, sollten doch nicht so **leichtfertig** gemacht werden. Das sieht ja aus, als ob die **Sieben** die **Stegmüller** in einer **schärfsten Ausgabe** wären. (**Webel**: **Jahos!**) Ich bedauere, daß **Webel** hier solche **Anschuldigungen** vor dem **ganzen Parteitag** erhebt; in die **badische Landesversammlung** hätte er gehen sollen, bevor er hier die **badischen Genossen**, die im **Moment** im **Wahlkampfe** stehen, **berant** zu

**Klanten** sucht. Ich protestire gegen diese **Art**, verdiente **Parteilgenossen** herabzusehen.

**Hömelburg-Hamburg** beantragt **Schluß** der **Diskussion**.

**Grath-Moskoff** spricht gegen den **Schluß**. **Irrethümlich** ist auch der **Antrag** **106** für nicht genügend **unterstützt** erklärt, obgleich er schon 20 **Unterschriften** hatte. Es ist das der **Landarbeiter-Antrag**. Der **Antragsteller**, der **medlenburgische Hofgänger** **Genosse Siebeneicher**, steht als nächster **Redner** auf der **Rednerliste**.

Der **Schlusshantrag** wird hierauf **abgelehnt**.

**Siebeneicher-Westenbrügge:** Wir **medlenburgischen Landarbeiter** wollen mit **unserem** **Antrage** der **Reichstagsfraktion** kein **Mißtrauensvotum** ertheilen, sondern wollen nur auf unsere **gedrückte Lage** aufmerksam machen. Die **meisten** unserer **Forderungen** sind ja in dem **Erfurter Programm** viel **besser** ausgesprochen als in **unserem** **Antrage**, aber wir möchten gern, daß die **Fraktion** im **Reichstag** bei gegebener **Gelegenheit** für uns **eintritt**. Wir fordern **erstens** eine **wirliche Krankenversicherung**. Bei uns ist die **von den Ritterschaften selbst überlassen** worden. Der **Gutsbesitzer** giebt **Arzt** und **Apotheker**. Wird nun ein **Tagelöhner** **krank** oder seine **Frau** oder das **Kind**, dann muß er **erst** auf den **Hof** gehen und um **Erlaubniß** fragen, ob der **Doktor** **geholt** werden darf, und **erst** wenn der **Herr** meint, daß es **wirklich** **Krankheit** ist, wird der **Arzt** **geholt**; wenn er aber meint, daß der **Arbeiter** nur aus **Kausalität** **krank** ist, dann muß er **ohne** **Arzt** **bleiben**. Auf dem **Dominium** liegt die **Sache** so, daß die **Freihändler** und **Güller**, die **außerhalb** auf **Arbeit** gehen, von der **Dorf-Krankenkasse** nicht **aufgenommen** werden, wenn sie nicht auf dem **Dominium** selbst **arbeiten**, und von der **Ritterschaft** auch nicht. Dann fordern wir **Abschaffung** der **Gesinde-Ordnung**, **Koalitions-** und **Versammlungs-freiheit**. Bei uns in **Medlenburg** dürfen **Versammlungen** überhaupt nicht **abgehalten** werden ohne **ministerielle Erlaubniß**. Wir fordern den **Rechnungsendtag**. Im **Erfurter Programm** steht ja der **Achtstundentag**, aber wir **Landarbeiter** müssen noch **heut** in der **Erntezeit** 13 **Stunden** **arbeiten** um einen **Spottlohn**, 1 **M. pro Tag** außer **Kleinigkeiten**, 50 **Pfg.** der **Scharwerker**, 70—80 **Pfg.** die **Frau**. Und die **Kinder** verdienen in 13 **Stunden** 30 bis 40 **Pfg.** Wir fordern ein **Verbot** der **Kinderarbeit** und ein **Verbot** der **Frauenarbeit** 8 **Wochen** vor und nach der **Entbindung**; die **Großstädter** werden ja oft auf dem **Felde** in der **Erntezeit** die **schwere Arbeit** der **Frauen** **gesehen** haben, wie sie 40—50 **Pfd.** **schwere** **Carben** hoch **aufladen** müssen, und in **solchem** **Zustande**. An **Sonntagen** und an **Lagen** vor den **Festen** wollen wir um 5 **Uhr** **Feierabend** haben; die **fremden Arbeiter**, die **hundertweit** nach **Hause** haben, haben am **Sonntag** ihre **Zwergwirtschaft** zu **beforgen**. **Meine Wähler** haben mich **gebeten**, diese **Wünsche** vorzutragen. Wir **Landarbeiter** in **Medlenburg** denken nicht daran, daß der **sozialistische Staat** auf einmal **hereinbricht**; wir wollen durch **praktische Reformen** **allmählig** das **Ziel** **erreichen**. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

**Häcker-Weimar** beantragt **Schluß** der **Diskussion**. Vorher wurde der **Schluß** **abgelehnt**, um den **Süddeutschen** **Gelegenheit** zur **Antwort** zu geben. Nach der **aufserordentlich** **gehaltreichen** **Rede** **Ehrhart's** (Heiterkeit) sind alle **Wünsche** **erfüllt**.

**Freiflle-Mannheim** spricht gegen den **Schluß**. Die **schwer** **angegriffenen** **Waden**er müßten noch **sprechen**.

Der **Schlusshantrag** wird **angenommen**.

Es folgen **persönliche** **Bemerkungen**.

**Hendrich:** Es ist **unrichtig**, daß ich irgendwo die **Budgetverweigerung** als **Marxismus** bezeichnet habe. Die **einzige** **Stelle**, die da in **Betracht** **kommen** **konnte**, **findet** **sich** **in** **meinem** **Handbuch**. Es heißt da: „Andera steht natürlich

die Sache, wenn man der Ansicht ist, daß „der Staatskranke nicht laufen muß“; daß es am besten wäre, die ganze heutige Staats- und Gesellschaftsrichtung so rasch als möglich zum Zusammenbruch zu bringen, um dann mit dem Aufbau des sozialistischen Staatswesens zu beginnen. Ueber diese blanquisstische Auffassung streiten wir aber nicht. Wie kann man also sagen, ich hätte die Budgetverweigerung Blanquismus genannt? Ebenso muß ich mich gegen den Vorwurf Stolten's vernehmen, als wollte ich durch die Annahme des Amendements Raubert die Resolution Nebel zu Falle bringen. Unwahr ist es auch, daß ich auf dem badischen Parteitag gesagt haben soll, man müsse die Ideale in den Hintergrund stellen. Nebel stützt sich da auf einen Bericht, der von einem unfähigen jungen Mann herstammt und den ich nicht berichtigen konnte, da ich unmittelbar nach dem Parteitag meines Gesundheitszustandes wegen in die Schweiz reiste. Es ist ferner nicht richtig, daß unsere Enthaltung bei der Abstimmung über den Kukulsetat dazu geführt hätte, daß Kirchenforderungen der Alt-Katholiken bewilligt wurden. Diese Behauptung stammt von dem Zentrumsblatt in Karlsruhe, ist aber später zurückgenommen. Auf die Parteistreitigkeiten in Baden bin ich absichtlich nicht eingegangen, ich beschränke mich auch jetzt auf die Mittheilung, daß der Beschluß, dem Budget zuzustimmen, in der Fraktion einstimmig gefaßt ist (hört! hört!), und zwar bei Anwesenheit aller Fraktionsmitglieder. Dreesbach theilt mir mit, daß auch Adolf Ged nicht widersprochen hat. Warum werden solche Vorwürfe hier und nicht auf dem badischen Parteitag erhoben?

**Ged:** Der Vordrner ist im Irrthum. Die Budgetabstimmung war am 28. Mai und ich befand mich vom 7. April bis 18. Juni krankheitsshalber garnicht in der Kammer, sondern als Einsiedler im Schwarzwald und konnte daher nicht an der Abstimmung theilnehmen. Im offiziellen Kammerprotokoll ist Ged als nicht anwesend verzeichnet. Ich halte also meine Jungfernschaft in der Beziehung aufrecht. Auf dem badischen Parteitag habe ich gegen die Ausführungen des Fraktionsredners prinzipiell Stellung genommen und erklärt, ich bin mit der Taktik nicht einverstanden. Ich habe auch ausgeführt, daß wir in Zukunft wohl noch weitergehen und Kniehosen anziehen werden. Leider habe ich nur die Zustimmung eines Redners gefunden. Mit Rücksicht auf die bevorstehende badische Landtagswahl kann ich hier nicht Alles sagen, was ich sonst sagen würde. Es ist unrichtig, daß ich mich der Verpflichtung entzogen habe, in den badischen Landtag einzutreten. Ich habe mich bereit erklärt zu kandidiren, wenn ich die moderne Revisionbewegung nicht mitzumachen, keine Kniehosen anzuziehen und nicht für das Budget zu stimmen brauche. Was darauf erfolgt ist, kann ich hier nicht auseinandersetzen. Ich habe das Mandat angenommen, nachher aber meine Kandidatur zurückgezogen. Der Fall Müdt, den Ehrhart in die Debatte wirft, hat nicht zwischen mir, sondern zwischen Dreesbach und Müdt gespielt. In dem Augenblick, wo der Parteitag erklärte, daß Müdt gegen die Prinzipien verstoßen hat, brach ich mit ihm, aber solange Jemand noch nicht in der Partei begraben ist, hat er das Recht wie jeder andere Genosse.

**Nebel:** Daß meine Auffassung, die Ablehnung des Budgets betrachte Fendrich als Blanquismus, richtig ist, beweist die von ihm verlesene Stelle und vor Allem die nachfolgenden Sätze: „Die Mitglieder der sozialdemokratischen Landtagsfraktion in Baden anerkennen, abgesehen von einigen triftigen anderen Gründen, mit ihrem Eintritt in den Landtag und mit Ablegung des Verfassungseides die heutige Verfassung, deren Abänderung sie zwar mit allen gesetzlichen Mitteln anstreben, die sich aber durch einfaches, wenn auch noch so oft wiederholtes Negiren nicht aus der Welt schaffen läßt.“ Von den Alt-Katholiken habe ich kein Wort gesagt, sondern nur erwähnt, daß die badischen Genossen nicht, wie es das Programm vorschreibt, gegen alle Forderungen für Gerechtigkeit und Kirche stimmten, sondern sich der Abstimmung enthielten. Das steht auch in der Fendrich'schen Broschüre. (Hört! hört!) Ich habe dann allerdings hinzugefügt,

daß in einem Fall ihre Abstimmung dazu beigetragen hat, daß eine Position genehmigt wurde. Das ist die Position für den Alt-Katholizismus, bei der es sich um einige Tausend Mark handelte. Das stand in den Zeitungen, und wenn es nicht richtig ist, so bedauere ich, daß ich die Entgegnung nicht gelesen habe. Bei meinen weiteren Ausführungen habe ich mich ebenfalls auf öffentlich bekannt gewordene Aeußerungen bezogen. Nun sagt weiter Fendrich, das Protokoll sei nicht korrekt, sein Verfasser sei ungeeignet dazu gewesen. Es ist bedauerlich, daß die Genossen nicht für ein richtiges Protokoll sorgen, aber wenn Anjum im Protokoll steht, so kann doch der, der sich darauf bezieht, nichts dafür. (Sehr wahr!) Daß mir Ehrhart zumutet, auf den badischen Parteitag zu gehen und dort meine Rede zu halten, hat mich am meisten überrascht, ich kann doch unmöglich alle Landesversammlungen besuchen. Das geht nur, wenn ich eingeladen oder vom Vorstand delegiert werde. Beides ist nicht der Fall gewesen. Ich kann auch nicht voraus wissen, was da gesagt wird. Wäre ich erschienen, so hätte man mich vorgelesen, der Nebel mischt sich wieder ein, der will wieder Parteivorlesung spielen. Ich werde aber, wenn es gewünscht wird, in Zukunft anders verfahren, Ihr werdet aber dann Euer Claus Wunder erleben. (Seitertzeit.)

**Fendrich:** Wir waren alle der Meinung, daß Ged in der Fraktionsitzung, wo wir über die Stellung zum Budget beschlossen, anwesend war. Trotz der Erklärung von Ged kann ich meine Behauptung nicht zurücknehmen, ich halte daran fest, verspreche aber, die Sache in der Presse zu erörtern, denn Ged wird selbstverständlich das größte Interesse daran haben, diesen schweren Vorwurf auch durch Beweise zu entkräften.

Das Schlusswort hat

**Burm:** Ich bin in der angenehmen Lage festzustellen, daß die Thätigkeit der Reichstagsfraktion von keiner Seite beanstandet worden ist. Der Antrag des Genossen Siebenicher, der als erster Landarbeiter auf unseren Parteitagen hier erschienen ist, wird in Erwägung gezogen werden. Es sind sehr dankenswerthe Mittheilungen, die er über die traurige Lage der Hofsänger in Mecklenburg gemacht hat. (Lebhafte Zustimmung.)

Auf die Angriffe gegen unsere Thätigkeit in der Berliner Stadtverordneten-Versammlung erwidere ich: 1. Es ist ein Grundirrtum, daß wir für den Etat der Stadt Berlin jemals gestimmt haben; 2. es ist nicht richtig, daß die Verhältnisse einer Stadt und eines Staates dieselben sind. Ein Staat ist autonom, macht sich die Gesetze selbst, nach denen er sich verhält. Eine Stadt aber verhält sich nach den Gesetzen, die ihr der Staat vorschreibt. Wenn wir über die Stellung unserer Vertreter in den Gemeinden einmal gesondert diskutieren, so wird das sehr nützlich sein, denn erfreulicherweise nimmt ja die Zahl unserer Vertreter in den Gemeinden immer mehr zu, es kommen aber auch häufig Fülle dar, in denen sie nicht wissen, wie sie sich zu verhalten haben. Was Ehrhart über die Berliner Stadtverordneten gesagt hat, stimmt leider nicht, so angenehm es ihm auch wäre, wenn er uns etwas an Zeuge stellen könnte. Ehrhart ist ja schon belehrt worden, daß er über die Bewilligung der Mittel für den Einzug des österreichischen Kaisers falsch unterrichtet ist. Wir haben nicht nur nichts bewilligt — im Gegentheil, Singer hielt eine sehr scharfe Oppositionsrede.

Die Besürchtung, die Opposition gegen das Budget könne zur Wahlentziehung führen, unter Hinweis auf Sachsen, ist ganz verkehrt. In Sachsen hat man das Wahlrecht genommen nicht wegen der Budgetverweigerung, sondern weil die Bourgeoisie noch die Macht dazu hatte; sie wird es jedes Mal so machen, wenn sie dies für nützlich hält, ob wir für das Budget stimmen oder nicht. Das Amendement Raubert bitte ich abzulehnen, er selber hat es ja in Grund und Boden hinein vertheilt. Der Antrag Singer steht sehr bestechend aus; er

nicht aus wie eine Verschärfung der Resolution Bebel; in Wirklichkeit aber ist er eine Schwächung. Es heißt in der Resolution Bebel: Normaler Weize wird das Budget abgelehnt. Wenn nun nichts dahinter kommt, dann ist für „nicht normale“ Fälle Thür und Thor geöffnet. Wenn es aber ausdrücklich heißt: Nur ausnahmsweise aus zwingenden Gründen, dann wird die Erlaubnis, das Budget anzunehmen, abgeschwächt und der Protest gegen die Budgetbewilligung verschärft. Wir werden jetzt, hoffe ich, zu einer Annahme der Resolution Bebel kommen. Wenn aber nun doch noch in irgend welchen Bezirken Meinungsverschiedenheiten über die Budgetannahme auftauchen, so hoffe ich, daß die Genossen endlich gelernt haben werden, sachliche Dinge sachlich zu verhandeln und ihnen nicht immer und immer wieder eine persönliche Spitze zu geben. (Bravol)

#### Die Seemannsordnung.

**Müller-Hamburg:** Ich habe als Führer der seemannischen Organisation gegenüber den unbegründeten Angriffen der Rheder und ihrer Presse auf unsere Reichstagsfraktion eine Erklärung abzugeben. Die Rheder behaupten, daß die Fraktion bei der Revision der Seemannsordnung weitgehende Anträge stellte, um mit ihrer Ablehnung Hausiren gehen und Unfrieden in der seemannischen Bevölkerung stiften zu können. Ich erkläre, daß die Fraktion bisher im vollen Einvernehmen mit der organisierten seemannischen Bevölkerung gehandelt hat. Ja, ihr Auftreten geht uns noch nicht weit genug.

Die Debatte ist geschlossen; die Abstimmung beginnt.

Die Resolution Luxemburg (94) ist zurückgezogen, das Amendement Baudert (118) nicht genügend unterstützt. Der Antrag Singer's auf Streichung des letzten Satzes der Resolution Bebel (110) wird abgelehnt und die Resolution Bebel (110) in allen ihren Theilen angenommen.

Schluß 8 1/4 Uhr.

### Sechster Verhandlungstag.

Donnerabend, den 28. September. — Vormittags-Sitzung.

9 1/4 Uhr. Den Vorsitz führt Schwarz.

**Singer** schlägt vor, im Laufe der ersten zwei Stunden die Vorschläge zur Wahl der neuen Parteileitung beim Bureau einzureichen. Die Liste würde dann Vormittags gedruckt und verteilt werden, damit die Mandatsprüfungskommission Nachmittags die Stimmzettel abnehmen und das Resultat feststellen könne. Auch den Ort des nächsten Parteitagcs würde es sich empfehlen, mit auf die Liste zu setzen.

**Pfanusk** theilt im Anschluß hieran mit, daß unter den Orten, die sich um die Abhaltung des nächsten Parteitagcs bewarben, auch Bremen sei. Der Antrag sei rechtzeitig eingereicht und nur durch ein Versehen nicht in die Vorlage aufgenommen.

Zur Verhandlung gelangt Punkt 4 der Tagesordnung: **Zolltarif und Handelsverträge.** Als Berichterstatter erhält das Wort:

**Bebel:** In Rücksicht auf die weit vorgeschrittene Zeit werde ich mir Beschränkungen auferlegen. Ich kann das um so mehr, als Neues nicht viel zu sagen ist und der Gegenstand in der nächsten Zeit noch viel erörtert werden wird. Für die neuen Handelsvertrags-Verhandlungen ist ein neuer Generaltarif aufgestellt worden, der zwar noch der englischen Feststellung bedarf, dessen ausstehende Anträge aber kaum eine wesentliche Aenderung bezw. Herabänderung

erfahren. Es besteht sogar die Gefahr für das Gegentheil. Seit mehr als zwei Jahrzehnten hat die agrarische Agitation eingelegt und seit 1894 durch ihre Organisation im Bunde der Landwirthe und den süddeutschen Bauernbänden einen inneren Einfluß auf die Reichsregierung und die Regierungen der Einzelstaaten erlangt. Andererseits haben die Forderungen der großindustriellen Interessenvertretungen auf größeren Schutz Beachtung gefunden. Das Zusammenarbeiten dieser beiden Schichten der Bevölkerung hat das ermöglicht. Bei der Festsetzung des jetzt geltenden Zolltarifs von 1879 bot das Forum des Reichstags das Bild einer Waise, einer Stelle, an der Handelsgeschäfte gemacht wurden. Aber damals wagte Fürst Bismarck nur einen Zoll von 50 Pfg. für Roggen einzubringen, der in der dritten Lesung des Entwurfs durch den Reichstag mit 173 gegen 101 Stimmen auf 1 Mk. erhöht wurde, und erklärte Den, der 3 Mk. Zoll verlangen würde, für verrückt. Nun, dieser Grad von Verrücktheit wurde sehr bald erreicht. Die agrarische Strömung wurde immer stärker; 1885 wurde der Roggen- und Weizenzoll auf 3 Mk., 1887 sogar auf 5 Mk. erhöht. Erst 1892 wurde aus Anlaß der Handelsverträge der Getreidezoll wieder von 5 auf 3 Mk. ermäßigt. Wenn aber damals noch der Führer des Zentrums, Peter Meichensberger, die Aufrechterhaltung eines Roggenzolls von 5 Mk. für unmöglich erklärte, so hat kürzlich der sicherlich sehr gemäßigte Zentrumsführer Dr. Spahn einen Zoll von 6 Mk. für angemessen erklärt. Das Zentrum ist nicht nur gezwungen, in sozialpolitischen Fragen einen Ciertanz aufzuführen, sondern hat auch auf seine ländlichen Wähler Rücksicht zu nehmen unter dem Druck des Bundes der Landwirthe. Auf der anderen Seite fordert ein Theil der Großindustriellen ebenfalls einen erhöhten Schutzzoll. Zweifellos aber beweist gerade der großartige industrielle Aufschwung Deutschlands, daß die Industrie nicht nur keines höheren Schutzzolls bedarf, sondern daß eher eine Ermäßigung der Zölle eintreten muß. Die Großindustriellen wollen einen erhöhten Schutzzoll, um mit seiner Hilfe den deutschen Markt möglichst gegen konkurrierende Industrieerzeugnisse des Auslands abzuschließen und vermöge der Syndikate und Trusts eine Preisbildung auf dem deutschen Markt zu erzeugen, die ihnen so riesige Profite in die Tasche fließen läßt, daß sie auf der anderen Seite die deutschen Produkte zu Schänderpreisen ins Ausland werfen können.

Wir haben das ja in den letzten Jahren nach den verschiedensten Richtungen erlebt; durch den Schutzzoll auf Eisenbahnschienen ist es gelungen, den Preis für den deutschen Bedarf auf eine ganz exorbitante Höhe zu bringen, auf 120 bis 130 Mk. die Tonne, während das Ausland nur 80 bis 90 Mk. zu zahlen hat. Ähnlich ist es ja mit dem Zucker u. s. w. Die Agrarier behaupten nun, bei Abschluß der Handelsverträge 1892 seien sie von den Industriellen über's Ohr gehauen worden; um das für diesmal zu verbiten, haben sie einen Minimaltarif gefordert und zu allgemeiner Ueberraschung hat das Reichskamt des Innern diesem Verlangen nachgegeben. So ist denn in dem neuen Tarif ein Minimaltarif von 5 Mark für Roggen und von 5,50 Mk. für Weizen zu Stande gekommen; d. h. unter diese Sätze sollen die betreffenden Zölle in den Handelsverträgen nicht heruntergesetzt werden können. Man beruft sich hierbei auf den Vorgang Frankreichs; dieses war aber genöthigt, unter seinem Minimaltarif KonzeSSIONen zu machen, da es sonst einen Handelsvertrag mit einzelnen Staaten nicht zu Stande bekommen hätte.

Wie einmal die Verhältnisse in Deutschland liegen, für das Ausland der Hauptlieferant an Roggen ist, steht fest, daß die russische Regierung unter keinen Umständen auf die erhöhten Zollsätze eingehen wird. Wenn es aber nachgeben sollte, weil es sich sagt, es ist gleich, wie ihr den Zolltag bemerkt, unseren Roggen müßt ihr haben, so würde es auf jeden Fall die KonzeSSIONen, die es unseren Industrieerzeugnissen gegenüber gemacht hat, zurückziehen. Also auf jeden Fall tritt eine Schädigung ein. Auch die anderen Staaten werden eine ähnliche